Stenographischer Bericht

40. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

I. Periode. — 11. Juli 1949.

Inhalt:

Personalien:

Entschuldigt sind Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. h. c. Reinhard Machold und Abg. Speck (675)

Auflagen:

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 108, Gesetz über den Schutz des Straßen-, Orts- und Landschaftsbildes.

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 109, Gesetz für das Land Steiermark mit Ausnahme der Landeshauptstadt Graz über die Herstellung von Hausentwässerungsanlagen und deren Anschluß an die öffentlichen Straßenkanäle sowie über die Entrichtung von Kanalanschluß- und Kanalbenützungsgebühren.

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 110, Gesetz über die Gewährleistung eines Mindesteinkommens für Hebammen.

Regierungsvorlage, zu Einl.-Zl. 39, zum Antrag der Abg. Kaplan, Prassl, Thaller, Pfeiler, Wallner, betreffend Aufnahme der Gemeindestraße Lembach—Stang, Bez. Feldbach, in das Landesstraßenverzeichnis.

Regierungsvorlage, zu Einl.-Zl. 40, zum Antrag der Abg. Kaplan, Prassl, Thaller, Pfeiler, Wallner, betreffend Aufnahme der Gemeindestraße Loimeth—Lindegg des Bezirkes Fürstenfeld in das Landesstraßenverzeichnis.

Regierungsvorlage, zu Einl.-Zl. 41, zum Antrag der Abg. Kaplan, Prassl, Thaller, Pfeiler, Wallner, betreffend Aufnahme der Gemeindestraße Brunn—Oberlamm—Unterlamm in das Landesstraßenverzeichnis.

Regierungsvorlage zu Einl.-Zl. 52 zum Antrag der Abg. Krainer, Smolana, Resch und Hollik, betreffend Übernahme der Straße Deutschlandsberg—Hebalpe bis zur Landesgrenze.

Regierungsvorlage, zu Einl.-Zl. 54, zum Antrag der Abg. Krainer, Smolana, Resch und Hollik, betreffend Übernahme des Güterweges Mautneregg—Krumbach—Sankt Jakob—Skutnik—Landesgrenze.

Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 206, betreffend den Verkauf von landeseigenen Kraftfahrzeugen.

Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 207, betreffend die Erklärung der aufgelassenen Bundesstraßenstrecken bei Knittelfeld und Zeltweg als Landesstraßen.

Verzeichnis Nr. 26 der mündlichen Berichte des Gemeinde- und Verfassungs-Ausschusses (676).

Zuweisungen:

Beilage Nr. 108 und 109 an den Gemeinde- und Verfassungsausschuß,

Beilage Nr. 110 und Einl.-Zl. 206 an den Finanzausschuß,

Regierungsvorlagen zu den Einl.-Zl. 39, 40, 41, 52 54 und Einl.-Zl. 207, an den Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschuß (676).

Eingebracht:

wurde ein Antrag der Abg. Krainer, Wallner, Horvatek, Stockbauer, betreffend die vorzeitige Auflösung des Steiermärkischen Landtages (676).

Wahlen:

Wahl von vier Mitgliedern des Steiermärkischen Landtages in den gewerblichen Fortbildungsschulrat (677).

Verhandlungen:

Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 100, Gesetz über die Wahl des Steiermärkischen Landtages (Landtagswahlordnung).
Berichterstatter: Abg. Kaplan (677).

Redner: Abg. Maria Matzner (677), Landesrat Prirsch (679), Abg. Pözl (679), Abg. Operschall (680), Landeshauptmann (Krainer (680), Landesrat Horvatek (680).

Annahme des Antrages (681).

Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 101, Gesetz, betreffend die Einführung der Wahlpflicht für die Nationalrats- und Landtagswahlen.

Berichterstatter: Abg. Georg Resch (681).

Redner: Abg. Stockbauer (681), Abg. Pözl (683), Abg. Bauer (684), Landesrat Dr. Illig (685), Abg. Operschall (687), Abg. Ponsold (689), Abg. Laufenstein (689), Abg. Afritsch (689), Abg. Fischer (690), Abg. Lackner (691), Abg. Prassl (692), Abg. Johann Resch (692), Landesrat Horvatek (692), Landeshauptmann Krainer (693).

Annahme des Antrages (694).

Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 103, Gesetz über die Wahl des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz (Gemeindevahlordnung Graz 1949 — G.W.O. Graz 1949).

Berichterstatter: Abg. Afritsch (694).

Annahme des Antrages (694).

Mündlicher Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 102, Gesetz über die einstweilige Regelung des Elektrizitätsrechtes im Lande Steiermark.

Berichterstatter: Abg. Wabnegg (695).

Annahme des Antrages (695).

Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 104, Gesetz, betreffend die Kehrordnung für das Land Steiermark einschließlich der Landeshauptstadt Graz (Kehrordnung 1949).

Berichterstatter: Abg. Georg Resch (695).

Annahme des Antrages (696).

Beginn der Sitzung: 17 Uhr 25 Minuten.

Präsident Wallner: Hohes Haus! Ich eröffne die 40. Sitzung des Steiermärkischen Landtages und begrüße die Erschienenen, insbesondere den nach langer und schwerer Krankheit zum ersten Male erschienenen Abg. Möstl. (Bravorufe.)

Entschuldigt sind Landeshauptmannstellvertreter Dr. h. c. Reinhard Machold und Bürgermeister Dr. Eduard Speck.

Aufgelegt wurden :

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 108, Gesetz über den Schutz des Straßen-, Orts- und Landschaftsbildes.

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 109, Gesetz für das Land Steiermark mit Ausnahme der Landeshauptstadt Graz über die Herstellung von Hausentwässerungsanlagen und deren Anschluß an die öffentlichen Straßenkanäle sowie über die Entrichtung von Kanalanschluß- und Kanalbenützungsgebühren.

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 110, Gesetz über die Gewährleistung eines Mindesteinkommens für Hebammen.

Regierungsvorlage, zu Einl.-Zl. 39, zum Antrag der Abg. Kaplan, Praßl, Thaller, Pfeiler, Wallner, betreffend Aufnahme der Gemeindestraße Lembach—Stang, Bezirk Feldbach, in das Landesstraßenverzeichnis.

Regierungsvorlage, zu Einl.-Zl. 40, zum Antrag der Abg. Kaplan, Praßl, Thaller, Pfeiler, Wallner, betreffend Aufnahme der Gemeindestraße Loimeth—Lindegg des Bezirkes Fürstenfeld in das Landesstraßenverzeichnis.

Regierungsvorlage, zu Einl.-Zl. 41, zum Antrag der Abg. Kaplan, Praßl, Thaller, Pfeiler, Wallner, betreffend Aufnahme der Gemeindestraße Brunn—Oberlamm—Unterlamm in das Landesstraßenverzeichnis.

Regierungsvorlage, zu Einl.-Zl. 52, zum Antrag der Abg. Krainer, Smolana, Resch und Holik, betreffend Übernahme der Straße Deutschlandsberg—Hebalpe bis zur Landesgrenze.

Regierungsvorlage, zu Einl.-Zl. 54, zum Antrag der Abg. Krainer, Smolana, Resch und Holik, betreffend Übernahme des Güterweges Mautnereg—Krumbach—St. Jakob—Skutnik—Landesgrenze.

Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 206, betreffend den Verkauf von landeseigenen Kraftfahrzeugen.

Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 207, betreffend die Erklärung der aufgelassenen Bundesstraßenstrecken bei Knittelfeld und Zeltweg als Landesstraßen.

Verzeichnis Nr. 26 der mündlichen Berichte des Gemeinde- und Verfassungsausschusses.

Falls kein Einwand erhoben wird, werde ich die Beilagen Nr. 108 und 109 dem Gemeinde- und Verfassungsausschuß,

die Beilage Nr. 110 und die Einl.-Zl. 206 dem Finanzausschuß,

die Regierungsvorlagen zu den Einl.-Zl. 39, 40, 41, 52, 54 und die Einl.-Zl. 207 dem Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschuß zuweisen.

(Nach einer Pause) : Ich stelle fest, daß dagegen kein Einwand erhoben wird.

Eingebracht wurde ein Antrag der Abg. Krainer Wallner, Horvatek, Stockbauer, betreffend vorzeitige Auflösung des Steiermärkischen Landtages. Der Antrag hat folgenden Wortlaut :

Antrag

der Abg. Krainer, Wallner, Horvatek, Stockbauer, betreffend die vorzeitige Auflösung des Steiermärkischen Landtages.

Nach § 10 der Landesverfassung wird der Landtag gleich dem Nationalrat auf 4 Jahre gewählt. Die letzten Nationalrats- und Landtagswahlen haben am 25. November 1945 stattgefunden. Da der Steiermärkische Landtag am 12. Dezember 1945 zur 1. Sitzung der I. Periode zusammengetreten ist, läuft diese Gesetzgebungsperiode am 12. Dezember 1949 ab. Nachdem nun der Nationalrat seine vorzeitige Auflösung beschlossen hat, sollen die Nationalratswahlen für den 9. Oktober 1949 ausgeschrieben werden. Da sich eine gemeinsame Durchführung der Landtagswahlen mit den Nationalratswahlen aus mehreren Gründen, besonders wegen Vereinfachung des Wahlverfahrens sowie der Kostenersparung empfiehlt, ist es erforderlich, daß der Steiermärkische Landtag seine vorzeitige Auflösung beschließt.

Es wird daher beantragt :

Der Hohe Landtag wolle beschließen :

„Der Steiermärkische Landtag beschließt seine vorzeitige Auflösung. Dieser Beschluß tritt mit dem Tage der Beschlußfassung in Kraft. Die Landesregierung wird aufgefordert, die Neuwahlen gleichzeitig mit den Nationalratswahlen für den 9. Oktober 1949 auszuschreiben. Nach § 10, Abs. 5, der Landesverfassung dauert die erste Landtagsperiode bis zum Zusammentritt des neugewählten Landtages.“

Ich werde diesen Antrag gemäß § 29, Abs. 2, der Geschäftsordnung dem Gemeinde- und Verfassungsausschuß zuweisen.

Im Einvernehmen mit der Obmännerkonferenz beantrage ich, unter Abstandnahme der 24stündigen Auflagefrist folgende Gegenstände auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu setzen :

1. Die mündlichen Berichte des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 100, Gesetz über die Wahl des Steiermärkischen Landtages.

2. Die mündlichen Berichte des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 101, Gesetz, betreffend die Einführung der Wahlpflicht für die Nationalrats- und Landtagswahlen.

3. Die mündlichen Berichte des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 103, Gesetz über die Wahl des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz.

4. Die mündlichen Berichte des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage 102, Gesetz über die einstweilige Regelung des Elektrizitätsrechtes im Land Steiermark.

Die Tagesordnung liegt dem Hohen Hause vor. Da kein Einwand erhoben wird, nehme ich an, daß ihr zugestimmt wird.

Ferner setze ich mit Beziehung auf die Bestimmung des § 28, Abs. 3, der Geschäftsordnung die

Wahl von vier Mitgliedern in den gewerblichen Berufsschulrat auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung.

Der Gemeinde- und Verfassungsausschuß hat soeben die ihm zugewiesene Regierungsvorlage, Beilage Nr. 104, Kehrordnung für das Land Steiermark einschließlich der Landeshauptstadt Graz (Kehrordnung 1949) erledigt.

Im Einvernehmen mit der Obmännerkonferenz beantrage ich unter Abstandnahme der 24stündigen Auflagefrist den mündlichen Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses zu Beilage 104 auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu stellen.

Falls kein Einwand erhoben wird, nehme ich die Zustimmung an.

Ich schreite zur Tagesordnung.

Ich bitte, vorerst die Wahl in den gewerblichen Berufsschulrat durchführen zu dürfen.

Es sind 4 Mitglieder in den gewerblichen Fortbildungsschulrat zu wählen.

Vom Klub der Österreichischen Volkspartei wurden vorgeschlagen die Abg. Alois G a n g l und Rudolf B a u e r, vom Klub der Sozialistischen Partei Österreichs die Abg. Präsident Franz S t o c k b a u e r und Heinrich S c h e i b e n g r a f.

Ich bitte jene Abgeordneten, die diesem Wahlvorschlag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschlecht.)

Der Wahlvorschlag ist angenommen.

Punkt 1 der Tagesordnung :

Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 100, Gesetz über die Wahl des Steiermärkischen Landtages (Landtags-Wahlordnung).

Berichterstatter ist Abg. K a p l a n, dem ich das Wort erteile.

Berichterstatter Abg. K a p l a n : Hohes Haus ! Der Gemeinde- und Verfassungsausschuß hat in seiner Sitzung vom 7. Juli 1949 das Gesetz über die Wahl des Steiermärkischen Landtages (Landtags-Wahlordnung) durchberaten und mit einigen Änderungen beschlossen. Das VI. Hauptstück wurde über Wunsch des zuständigen Ministeriums in ein VI. und VII. Hauptstück aufgliedert. Die Änderungen, die der Ausschuß vorgenommen hat, liegen dem Hohen Hause vor. Ich glaube, ich kann davon Abstand nehmen, diese zu verlesen, da sie sehr umfangreich sind.

Die Bemerkungen lauten :

Da das Wahlgesetz vom 19. Oktober 1945, StGBL Nr. 198/45, nur eine Sonderregelung für die erste Wahl des Nationalrates und der Landtage beinhaltete, wurde eine neue Nationalrats-Wahlordnung als Grundlage für die Durchführung der Nationalratswahlen erlassen.

Demgemäß ist auch erforderlich, gemäß § 8 des steirischen Landesverfassungsgesetzes (Landesverfassungsgesetz vom 4. Februar 1926 in der Fassung des LGBL Nr. 21 von 1946) eine Wahlordnung für den Steiermärkischen Landtag zu schaffen.

Die zuletzt gültige steirische Wahlordnung (Gesetz vom 13. September 1923, LGBL Nr. 108, in der Fassung der Gesetze vom 23. März 1927, LGBL Nr. 23, und 5. Juni 1930, LGBL Nr. 67) hat sich in ihrem Aufbau an die Nationalrats-Wahlordnung 1923 angelehnt, auf die diesbezüglichen Vorschriften, soweit sie auf die Landtagswahl sinngemäß Anwendung finden konnten, Bezug genommen und lediglich die Besonderheiten, die sich bei einer gleichzeitigen Verbindung von Nationalrats- und Landtagswahlen oder bei getrennter Durchführung derselben ergeben, geregelt. Die Bestimmungen sind jedoch heute in wesentlichen Punkten als überholt anzusehen.

Der Entwurf der neuen Landtags-Wahlordnung gliedert den Stoff gleichfalls nach der nunmehr gültigen Nationalrats-Wahlordnung und lehnt sich auch in seinem Inhalt an die Bestimmungen derselben an.

Besondere Beachtung verdienen die Bestimmungen des § 101, die die Richtlinien für den Fall der gleichzeitigen Durchführung der Landtagswahlen in Steiermark mit den Nationalratswahlen beinhalten. In diesem Falle wird die Landesregierung, um eine Übereinstimmung zu erzielen, in ihrer Verlautbarung den gleichen Stichtag wählen, der für die Nationalratswahl festgesetzt wurde. Werden die Landtagswahlen in Steiermark zugleich mit den Nationalratswahlen abgehalten, was naturgemäß eine Einsparung von bedeutenden Kosten zur Folge hat, dann haben die für die Nationalratswahlen gebildeten Wahlbehörden auch die Landtagswahlen zu leiten und durchzuführen. Die für die Nationalratswahlen gebildete Verbandswahlbehörde des Wahlkreisverbandes der Bundesländer Steiermark, Kärnten und Burgenland übt auch die Funktion der Landeswahlbehörde aus. Die nach den Bestimmungen der Nationalrats-Wahlordnung angelegten Wählerverzeichnisse sind auch den Landtagswahlen zugrunde zu legen. Ebenso sind die Bestimmungen der Nationalrats-Wahlordnung über das Einspruchs- und Berufungsverfahren sowie für die Ausstellung der Wahlkarten sinngemäß anzuwenden, wobei zu bemerken wäre, daß zur Stimmenabgabe für die Landtagswahl nur eine von einer steirischen Gemeinde ausgestellte Wahlkarte berechtigt.

Im Sinne des Beschlusses des Gemeinde- und Verfassungsausschusses beantrage ich die Annahme dieses Gesetzes mit den Ihnen vorliegenden Änderungen.

Präsident : Zum Worte gemeldet hat sich Frau Abg. M a t z n e r. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. M a r i a M a t z n e r : Hoher Landtag ! Im Namen der Sozialistischen Fraktion habe ich zur Landtagswahlordnung für Steiermark folgendes festzustellen : In dieser Landtagswahlordnung ist zum erstenmal die Bestimmung enthalten, daß eine Listenlockerung erfolgt dadurch, daß es dem Wähler frei bleibt, in der Reihung der Kandidaten Änderungen vorzunehmen. Es werden die Voraussetzungen geschaffen, die es dem Wähler ermöglichen, besser als bisher seine Stellungnahme zu den einzelnen Vorschlägen der wahlwerbenden Parteien zum Ausdruck zu bringen. Unsere Partei hat nicht nur im Parlament, sondern auch in allen jenen Landtagen, in denen

die Landtagswahlordnung schon beschlossen ist, wiederholt und eindeutig darauf hingewiesen, daß unserer Meinung nach diese Listenlockerung nicht mehr Demokratie, dafür aber weitaus mehr Verwirrung in die Wählerschaft hineinbringen wird. Wir möchten, obwohl wir im Gemeinde- und Verfassungsausschuß, um die einheitliche Durchführung der Landtags- und Nationalratswahlen nicht zu gefährden, zugestimmt haben, hier im Landtag erklären, daß wir mit dieser Listenlockerung nicht einverstanden sind, weil wir darin nicht die Voraussetzung sehen, daß mehr Demokratie in die Wählerschaft hineingetragen wird. Im § 68, Abs. (3) der Landtagswahlordnung ist das Recht der Wähler festgelegt, eine Veränderung in der Reihung der Kandidaten herbeizuführen. Aber schon die Sicherung, die im § 73 gegeben ist, ist ein Beweis dafür, welche großen Schwierigkeiten vor allem bei der Zählung der Wahlpunkte, die für die einzelnen Kandidaten abgegeben worden sind, eintreten werden. Im § 73 ist ausdrücklich angeführt, in welcher komplizierter Weise die einzelnen Wahlbehörden zu errechnen haben, nachdem die Stimmzählung für die einzelnen Parteien abgeschlossen ist, welche Stimmen bzw. welche Wahlpunkte auf den einzelnen Kandidaten entfallen. Es ist nachzuweisen und keineswegs eine Demagogie, daß es ausgeschlossen ist, wenn sich nicht eine absolut organisierte Opposition innerhalb eines Wahlkreises bildet, eine Änderung in der Liste durchzuführen. Es ist aber ebenso erwiesen, daß bei der Stimmzählung dadurch eine unerhörte Verwirrung eintreten wird und darüber hinaus eine große Gefahr besteht, nämlich die Gefahr, daß eine ganze Reihe von Stimmen als ungültig festgelegt werden wird. Die Wählerschaft selbst — und vor allem wird das die ländlichen Gebiete treffen — wird bei diesem komplizierten Wahlverfahren nicht ohneweiters mitkommen. Wir können dazu nur sagen, daß wir wohl wünschen noch mehr Demokratie für die Wählerschaft, aber daß wir dies in der Form keineswegs begründet finden. Wenn z. B. in einem Wahlkreis, der zehn Kandidaten für den Landtag zu wählen hat, für einen bestimmten Kandidaten 50% der Wähler ihre Stimme für und 50% gegen ihn abgegeben haben, so wird dieser Kandidat trotzdem gewählt werden, nur nicht an erster Stelle, sondern vielleicht an fünfter oder sechster Stelle. Können Sie sich aber vorstellen, daß innerhalb eines Wahlkreises mit etwa 10.000 Wahlberechtigten 5000 einen anderen Kandidaten wählen? Uns erscheint das praktisch unmöglich. Höchstens es ist so, daß innerhalb einer der Parteien — nicht innerhalb der sozialistischen Partei — eine solche Opposition aufsteht, daß eine Verschiebung in diesem Sinne vor sich geht. Dies ist aber meiner Meinung nur dann möglich, wenn es sich um eine organisierte Opposition handelt. So aber wird höchstens eine Stimmenzersplitterung eintreten und es wird höchstens in der Reihenfolge, aber nie in der Person der Kandidaten sich etwas ändern. Ist es also nicht so, daß wir hier eine gesetzliche Bestimmung schaffen, die nichts anderes ist, als eine Augenauswischerei gegen-

über der Wählerschaft? Das sei hier offen ausgesprochen.

Darüber hinaus wird bei der Stimmzählung selbst eine solche Kompliziertheit geschaffen, die wieder einen vergrößerten bürokratischen Apparat erfordert. Wir lesen tagtäglich in den Zeitungen der ÖVP ihren großen Schlachtruf nach Verwaltungsreform, nach Vereinfachung der gesamten Bürokratie. Wer wird aber in den einzelnen Ortswahlbehörden und Kreiswahlbehörden ohne Zuhilfenahme eines geschulten Beamten bei der Auszählung der Wahlpunkte zurecht kommen? Aber weil man selbst genau wußte, daß das eine komplizierte Berechnungsmethode ist, die nur eine Verzögerung des Wahlergebnisses beinhalten wird, ist im § 74 ausdrücklich eine Bestimmung geschaffen, aus der eindeutig hervorgeht, daß für den Fall, als es der Wahlbehörde nicht möglich ist, am Tage nach der Wahl die genaue Errechnung der Wahlpunkte für einen Kandidaten festzustellen, es der Wahlbehörde vorbehalten bleibt, die Ermittlung der Wahlpunkte so vorzunehmen, als ob die gültigen Stimmen ohne Reihungsvermerke der Wähler abgegeben worden wären. (Zwischenruf: „Das ist ein Irrtum, Frau Matzner, nur im Falle von vis major!“) Darf ich, bitte, diesen Absatz verlesen? „Treten Umstände ein, welche die Ermittlung der Wahlpunkte an Hand der Stimmzettel am Tage nach der Wahl unmöglich machen, so ist die Ermittlung der Wahlpunkte so vorzunehmen, als ob die gültigen Stimmen ohne Reihungsvermerke der Wähler abgegeben worden wären.“ Nun stellen Sie sich das in einem Wahlkreis vor, in dem die Wähler aus örtlichen Interessen heraus nicht einverstanden sind mit dem, was die einzelnen Parteien an Wahlkreisabgeordneten aufgestellt haben und nun tritt dieser Passus in Kraft, der im § 74 vorgesehen ist. Was hier geschieht, ist nicht eine Vereinfachung der Verwaltung, sondern nach unserer Meinung eine Erschwerung für jeden Wähler, und zwar weniger für den Wähler in der Stadt oder in Industriegemeinden, sondern vor allem für den Wähler in den ländlichen Gebieten. Wenn die ÖVP dennoch darauf bestand, daß diese Bestimmung in das Gesetz hineinkommt, so glauben wir, daß sie die größeren Nachteile daraus haben wird.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch darauf hinweisen, daß in der Landtagswahlordnung im § 59 hinsichtlich der Wahlkouverts eine Bestimmung enthalten ist, nach welcher für alle Wähler einheitliche Wahlkouverts auszugeben sind. Wir von der sozialistischen Fraktion haben im Parlament die Auffassung vertreten, daß so wie vor dem Jahre 1934 in die Wahlordnung die Bestimmung aufgenommen werden soll, wonach die Männer- und Frauenstimmen getrennt zu zählen sind. Das ist nicht geschehen, da das Parlament das Gesetz in der Form beschlossen hat, daß keine getrennte Stimmzählung erfolgt. Wir wissen, daß es technisch nicht gut möglich ist, für Steiermark andere Vorkehrungen zu treffen. Trotzdem lassen Sie mich auch hier im Landtag selbst sagen, daß wir nicht glauben können, daß getrennte Zählung der Männer- und Frauenstimmen dazu führt, daß das Wahlgeheimnis nicht

voll gewahrt bleibt. Es war vorher gewahrt und wird sicherlich auch in dieser Zeit gewahrt werden. Wir kennen die Voraussetzung nicht, die die ÖVP dazu bewogen hat, gegen den sozialdemokratischen Antrag im Parlament und in anderen Landtagen zu stimmen. Wir finden sie aber — und hier spreche ich als Frau — keineswegs berechtigt und ich glaube nicht, daß hier irgendwelche Vorkehrungen zu treffen wären, um das Wahlgeheimnis aufrechtzuerhalten in der Form, daß man einheitliche Wahlkuverts verwendet. (Landeshauptmann Krainer: „Die höchste Gleichberechtigung! Gleiche Wahlkouverts!“) Sie können sicher sein, Herr Landeshauptmann, es dreht sich uns nicht immer um die Gleichberechtigung, sondern auch darum, daß wir wissen, daß die Statistik im Leben der Menschen heute eine große Rolle spielt, und es daher immerhin von großem Interesse ist, zu wissen, wieviel Frauen sich am politischen Leben beteiligen, an politischen Geschehnissen des Landes mitwirken. Sie können mich auf das Wahlpflichtgesetz verweisen, darüber wird aber von unserer Seite noch gesprochen werden. Bedauern müssen wir es jedenfalls tief, daß diese Bestimmung aus technischen Gründen und weil die Mehrheit es nicht wünscht, nicht in die Landtagswahlordnung aufgenommen wird. Keineswegs sehen wir darin eine teilweise Beseitigung des Wahlgeheimnisses und ich glaube, daß hier nunmehr festgestellt zu haben. Demokratie bedeutet unserer Meinung nach, ein Wahlverfahren nicht kompliziert, sondern durchsichtig und einfach durchzuführen, so daß es jeder Wähler, auch ohne akademischen Grad und Mittelschulbildung, versteht und vor allem auch handhaben kann. (Bravorufe, Händeklatschen bei SPÖ.)

Landesrat Prirsch: Hoher Landtag! Ich bedaure es außerordentlich, mich dem Standpunkte der Frau Abg. Matzner nicht vollkommen anschließen zu können. (Zwischenruf: „Sehr höflich!“) Wir sind der Auffassung, daß man gerade in einer Zeit, wo wir noch knapp aus der Diktatur heraus sind und wo über Demokratie noch sehr verschiedene Auffassungen bestehen (Zwischenruf: „Sehr richtig!“) — danke für die Zustimmung — daß man gerade in einer solchen Zeit alles daransetzen muß, um den Demokraten, in diesem Falle den Wählern, möglichst viele Rechte zu garantieren. Es kommt uns und meiner Partei darauf an, daß mit der Anonymität auch beim Stimmzettel Schluß gemacht werden muß. (Zwischenruf: „Aber damit wird ja nicht Schluß gemacht!“) Der Ruf nach Persönlichkeit ist es, der schließlich und endlich heute nicht nur im wirtschaftlichen sondern vor allem auch im politischen Leben immer und immer wieder ertönt. Die Frau Abg. Matzner hat der Befürchtung Ausdruck verliehen, daß selbst dann, wenn 50% der Wähler in einem Wahlkreis eine Änderung vornehmen, das Ergebnis schließlich nicht wesentlich sein könnte. Es mag sein, daß sich diese 50% auf Verschiedene verteilen, aber wenn das Ergebnis schon bei diesem Wahlgang nicht ausschlaggebend ist, so wird sich jede Partei bei der nächsten Wahl hüten, einen Kandidaten ihren Wählern zu präsentieren, der eine derartige Ablehnung gefunden hat. (Zwischenruf

Abg. Maria Matzner: „Das können Sie ja in der eigenen Partei ausmachen!“) Es ist ohne Zweifel, meine sehr Verehrten, so, daß das Recht des Wählers durch die Lockerung der Listen ein ganz bedeutend erweitertes geworden ist. (Lebhafte Zwischenrufe bei SPÖ. Präsident mahnt zur Ruhe.) Das abzulehnen, wäre falsch und kann wohl auch nicht so ganz richtig begründet werden. Ich glaube deshalb, daß wir diesen Weg gehen müssen. Wenn hier der Befürchtung Ausdruck verliehen wurde, daß die Stimmzählung, daß der Wahlvorgang dadurch komplizierter würde, so bin ich der Auffassung, wenn es gilt, den Willen der Bevölkerung zu erforschen, und dazu dient ja die Wahl, daß wir da selbst einige Schwierigkeiten bei der Stimmzählung auf uns nehmen müssen. Ich bin überzeugt, es wird den Abgeordneten aller Parteien gut tun, wenn sie einmal ein Bild davon erhalten, wie beliebt oder unbeliebt sie bei der Bevölkerung sind. (Händeklatschen, Bravorufe bei ÖVP, Gegenrufe bei SPÖ.) Noch viel ärger und ausführlicher werden wir das unseren Wählern klarmachen müssen! Wir glauben daher, mit der Lockerung der Listen nicht nur den Wählern, sondern auch der Demokratie einen guten Dienst erwiesen zu haben. (Starker Beifall, Händeklatschen bei ÖVP.)

Abg. Pölzl: Hohes Haus! Man spürt deutlich, daß wir unmittelbar vor den Wahlen stehen. Aus den Reden, vor allem des Herrn Landesrates Prirsch, sieht man, wie die ÖVP auf einmal, wenigstens zum Schein, versucht, die Interessen Seiner Majestät, des Wählers, in den Mittelpunkt ihrer Politik zu rücken. (Heiterkeit bei ÖVP.) Aber ich befürchte, daß es der ÖVP mit diesen Interessen der Wähler in Wirklichkeit nicht sehr ernst ist. Die ÖVP tut so, als ob sie (Zwischenruf: „Sie handelt auch so!“) für immer mehr und mehr Demokratie eintreten würde und gibt vor, zu glauben, daß sie durch den Antrag der aufgelockerten Liste ihren demokratischen Bestrebungen Ausdruck gibt. Es ist hier einwandfrei nachgewiesen worden, daß durch diese Methode der Auflockerung der Liste der Wähler praktisch keine Möglichkeit hat und die Tatsachen werden das erweisen, wirklich einen ihm mißliebigen Kandidaten von der Liste zu entfernen, einen anderen, der später gereiht ist, vorzusetzen, so daß es sich bei diesen Bestrebungen der Auflockerung der Liste nicht um demokratische Bestrebungen der ÖVP handelt, sondern um schein-demokratische Bestrebungen (Zwischenruf Abg. Duß: „Bei Ihnen fehlt sogar der Schein!“ — LR. Dr. Illig: „Der Sendbote Moskaus spricht von Demokratie!“) und das ist auch die Ursache, warum man sich für diese Methode der „Demokratie über alles“ nicht begeistern kann. Wir werden heute in dieser Landtagssitzung noch Gelegenheit haben, nachzuweisen, daß die ÖVP gerade im Zusammenhang mit der Einführung der Wahlpflicht von Seiner Majestät, dem Wähler, nicht allzuviel hält, weil sie aus seinen Rechten Pflichten machen will. Wenn hier in der Wahlordnung den Wählern das Recht einer anderen Reihung der Abgeordneten eingeräumt werden soll und wird, dann sind wir deswegen dagegen, daß das in dieser Form in das Ge-

setz hineinkommt; weil wir gegen alle scheidemokratischen Maßnahmen, weil wir der Auffassung sind, daß der Demokratie nur dann gedient ist, wenn sie irgendwie lebendig ist.

Abg. Operschall: Hohes Haus! Ich möchte nur kurz eine Feststellung machen. Wenn schon soviel über Demokratie gesprochen wird, so will ich in diesem Zusammenhang auch den § 43 vorlesen, der lautet: „Der Wahlvorschlag muß von wenigstens hundert Wählern des Wahlkreises unterschrieben sein.“ Das ist die Demokratie, die dem Wähler das Recht gibt, eine Änderung wirklich mit Erfolg durchzuführen. Das wird hier durchbrochen dadurch, wie schon angeführt wurde, daß in jeder einzelnen Ortswahlbehörde von irgendwelchen Personen Stimmen abgegeben werden können, die dann aber ins Leere gehen. (Zwischenruf: „Erwin Scharf!“) Schauen Sie, die Herren von der Volkspartei sprechen von der Demokratie, die den Wählern das Recht gibt, Vorschläge zu machen, aber Tod und Teufel werden in Bewegung gesetzt, wenn der Wähler sich wirklich auch getraut, eine neue, wahlwerbende Gruppe aufzustellen. Dann wird alles in Bewegung gesetzt, um den Wähler dorthin zu bringen, wo man ihn haben will. (Zwischenrufe rechts!) Ihre Unruhe zeigt ja, daß Sie Angst vor dem 9. Oktober haben und die Wählpflicht und alle möglichen anderen Mätzchen sollen aufgewendet werden, um die Wähler zu gewinnen und die wankenden Reihen der Volkspartei wieder in die Gerade zu bringen. Das ist begreiflich und ich glaube auch, daß der wahre Beweggrund bei all dem in der ÖVP nicht die Demokratie gewesen ist, sondern die Angst vor dem Wähler, der wirklich frei abstimmt. Vor allen diesen Dingen haben Sie Angst. (Zwischenruf: „Das ist ja widersinnig!“) (Beifall bei SPÖ.)

Landeshauptmann Krainer: Ich halte es für zweckmäßig, in diesem Zusammenhang auf die Auseinandersetzungen zur Änderung unserer Landtagswahlordnung einige grundsätzliche Bemerkungen zu machen. Es steht natürlich jeder Partei frei, nach ihrer Auffassung eine Wahlordnung durchzusetzen zu versuchen, die sie für die beste hält. Wenn hier verschiedene Auffassungen auf der linken und auf der rechten Seite zu Tage treten, so sind sie wahrlich auf eine grundsätzliche Einstellung zur Wählerschaft, zum Volk überhaupt, zurückzuführen. Wir vertreten die Persönlichkeit und Sie vertreten den Kollektivismus und hier liegt der Unterschied. (Zwischenruf Abg. L a c k n e r: „Und was war nach 1934?“) Wir möchten der Persönlichkeit das Naturrecht gewahrt wissen, daß sich der Wähler auch seinen Kandidaten auswählen kann. Wir sind mit dem Vorgang, wie er hier in unserem Gesetz festgelegt wurde, ja noch lange nicht zufrieden, wir sind der Auffassung, daß der Persönlichkeit erst dann wirklich Rechnung getragen wird, wenn wieder das Personenwahlrecht eingeführt wird. Ich bin überzeugt, daß wir es noch erleben werden, daß die einzelne Person wieder das Um und Auf auch bei der Wahl sein wird. Wir treten dagegen auf, daß allein die Parteimeinung die ausschließliche Meinung sein kann, wir sind der Auffassung, daß dem Wähler

das Recht zustehen muß, den Mann seines Vertrauens zu wählen. Aus diesen Gründen haben wir die Wahlordnung mit der aufgelockerten Liste eingebracht und treten für sie ein. Wir sind überzeugt, daß es auch noch zur Vollendung unserer Idee, daß nämlich wieder einmal die Person gewählt wird, kommen wird. (Beifall, Händeklatschen bei ÖVP.)

Landesrat Horvatek: Hohes Haus! Die Ausführungen des Herrn Landeshauptmannes veranlassen mich, doch auch etwas dazu zu sagen. Sie sprechen vom Recht der Persönlichkeit und wenn ich Sie recht verstanden habe, wollen Sie die Atomisierung der Demokratie. Sie wissen sehr wohl, daß die Demokratie nur gedeihen kann, wenn sich Weltanschauungen zusammenschließen, wenn sich viele Menschen zu irgendeinem Programm über die Führung des Staates bekennen und wenn nun in einem Wettstreit der Programme die Wahl vollzogen wird. Es ist undenkbar, daß in einem Volkskörper wie in Österreich mit etwa 7 Millionen Menschen Einzelpersonlichkeiten gewählt werden, die dann ohne Echo im Volk die Staatsgeschäfte führen. Grundvoraussetzung der Führung dieses Staates ist also, daß Parteien bestehen. Es ist uns allen bekannt, daß schon die Verfassungen der Jahre 1919 und später, wenn ich nicht irre, die von 1922 und 1929 dieses Prinzip in sich trugen. Was Sie hier vertreten, ist in Wirklichkeit auch nur eine Untergrabung Ihrer eigenen Partei. Die Erscheinung haben wir schon einmal erlebt in den Jahren 1930 und 1931, wo die Untergrabung der Christlichsozialen Partei angefangen hat, die dann ihre Krönung im Absolutismus Dollfuß-Schuschnigg gefunden hat. Wenn ich die Demokratie will, muß ich Parteien wollen. Man darf nicht behaupten, daß die Parteien an sich schon Kollektivismus seien. Ich muß hier wohl begriffsmäßig unterscheiden. Unterschieben wir nicht den bestehenden politischen Parteien den Begriff des Kollektivismus. Es ist sicherlich richtig, daß Politik nur dann gut geführt werden kann, wenn in den einzelnen Parteien Persönlichkeiten bestehen und es wird immer das Bestreben der Parteien sein, in ihren Reihen kluge Köpfe, charaktervolle Menschen, einsichtsvolle Leute zu haben, die sie kontrollierend die Politik machen lassen. Es ist zweifellos richtig, daß auch ein Personenwahlsystem seine Bedeutung hat, aber nur in einem in sich beruhenden Staat. Ein Land oder Volk wie Österreich, daß um seine Existenz derart kämpfen muß, kann sich solche Experimente nicht leisten. Wenn Sie an die Zeit vor dem ersten Weltkrieg erinnert werden, so wissen Sie, daß das damalige Wahlsystem auch seine Mängel aufwies. Der Abgeordnete war oft nur eingestellt auf die Interessen seines engeren Heimatgebietes, das Große und Ganze der Staatspolitik ist dabei oft in den Hintergrund getreten. Darin unterscheidet sich aber unsere junge Demokratie, daß sie nicht einzelne Teile des Volkes oder Staates, sondern die Gesamtheit im Auge hat. Das ist unbestritten. (Zwischenruf LR. Dr. Illig: „Da müßte England schon abgewirtschaftet haben.“) Dasselbe hat schon Hitler behauptet, daß England nach dem Krieg abwirtschaftet wird. Gut, dort ist das Personenwahlrecht, aber ich habe schon heute gesagt,

England ist ein in sich konsolidierter Staat, das ist dort eine alte Einrichtung und das alte Wahlrecht hat sich dort auch bewährt, nämlich das relative Mehrheitswahlrecht, das wir auch nicht haben. Geben wir uns keiner Täuschung hin, es ist eine Tatsache, daß die Form des demokratischen Zusammenlebens immer je nach der Geschichte, nach der Eigenart des betreffenden Volkes, nach den gegebenen nationalökonomischen, geographischen und wirtschaftlichen Verhältnissen anders sein wird. Es hat sich in Österreich jedenfalls das Listenwahlrecht bewährt. Es hat sich so sehr bewährt, daß sich herausstellt, daß es trotz des furchtbaren Vorhergegangenen möglich war, in vier Jahren den Staat halbwegs aufzubauen und daß wir hoffen dürfen, in absehbarer Zeit unsere Freiheit wieder voll errungen zu haben. Ich meine abschließend nur, man darf nicht behaupten, weil man die Persönlichkeit wolle, müsse man das Listenwahlrecht ablehnen, sondern ich behaupte nur, daß das, was Sie tun, eine Vortäuschung ist, denn was kann letzten Endes geschehen? Die Kandidaten, die als erste rangieren, könnten im extremsten Fall an letzter Stelle rangieren. (Zwischenruf Landeshauptmann Krainer: „Warum zerbrechen Sie sich unsere Köpfe!“) Weil wir Sorgen haben. Wir haben die Sorge, daß wir das einfache, klare Wahlrecht nicht komplizieren, der Wähler will klar wissen, was er soll. Der Wähler hat sich in Österreich bekannt zum Programm der ÖVP., der SPÖ. oder der KPÖ. Wir wollen, daß er zur Wahl kommt, wenn er aber das Bedürfnis empfindet, sich auch zu einem anderen Programm bekennen kann. Sie lehnen das ab. Das, was 1945 war, war gut. Sie wollen wohl eine Zersplitterung der Kandidatenlisten, aber Sie fürchten sich ganz fürchterlich vor einer Aufsplitterung der Wählerstimmen noch auf andere Parteien. (Landesrat Dr. Illig: „Wir haben noch keinen Wechselbalg an der Seite!“ Zur KPÖ. gewendet: „Sie haben schon einen handfesten Zwilling!“) Um das zu verbergen, muß man den Wählern vortäuschen, daß man ihm scheinbar Rechte gibt, man gibt sie ihm aber nicht. Zur Bemerkung: Wir wissen, wo der Wechselbalg ist. Bei uns wird derjenige, der nicht weiß, wohin er gehört, ausgeschieden. Wenn ein Scharf der Meinung war, das, was in die Partei nicht paßt, durchsetzen zu müssen, wenn er also nicht Ordre pariert hat, mußte er, wenn er für Verschiedenes verantwortlich geworden ist, ausgeschieden werden. Sie zerfallen in Fraktionen, die einen sind für Demokratie und lehnen ab, was war und die anderen gehen nach Oberweis und führen Verhandlungen mit jenen, von denen 1945 mit Recht behauptet wurde, daß sie Schuld an Österreichs Unglück sind. Die Debatte, die sich entwickelt hat, war schon grundsätzlich. Es wäre klüger gewesen, zur Kenntnis zu nehmen, daß wir im Interesse einer einheitlichen Wahl dem Gesetz zustimmen, aber unsere grundsätzlichen Bedenken gegen zwei Bestimmungen haben. Es ist nicht klug, hier weltanschauliche Gegensätze zu behaupten, die nicht bestehen. Sie behaupten, Demokraten zu sein, wir wissen, daß wir Demokraten sind und durch die Verteidigung von Dingen, die Schein sind, hinter denen keine Spur von Wahrhaftigkeit

und Echtheit zu finden ist, begibt man sich in die Gefahr, als Scheindemokrat betrachtet zu werden. (Beifall, Bravorufe bei SPÖ.)

Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft, ich bringe den Antrag des Herrn Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, welche dafür sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Das Gesetz ist angenommen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 101, Gesetz, betreffend die Einführung der Wahlpflicht für die Nationalrats- und Landtagswahlen.

Berichtverstatter ist Abg. Resch, dem ich das Wort erteile.

Berichterstatter Abg. Georg Resch: Hohes Haus! Wir haben heute ein Gesetz zu beschließen über die Einführung der Wahlpflicht. (Zwischenruf Abg. Pölzl: „Demokratie, zweiter Akt.“) Es ist zwar etwas Neues, aber immerhin wird noch manches Neue kommen, woran wir heute vielleicht noch gar nicht denken. Wir sind davon überzeugt, daß es nur gut sein wird. Wenn man bedenkt, daß es seinerzeit vor 100 Jahren noch keine Eisenbahn gegeben hat und heute gibt es Eisenbahnen und Flugzeuge und alles mögliche, so ist das schon ein Fortschritt, ein kultureller Aufstieg. Jedenfalls bedeutet auch dieses Gesetz sicher für uns einen Fortschritt, einen Fortschritt für die Allgemeinheit (Abg. Hofmann: „Wenn Sie jemand strafen, ist das ein Fortschritt?!), weil nunmehr die einzelnen Wähler nicht nur Pflichten allein haben oder nur Rechte, sondern neben Rechten auch Pflichten. Das ist selbstverständlich. Ich glaube, ich brauche Ihnen dieses Gesetz dem Inhalte nach nicht mehr vortragen, Sie haben es ohnehin gelesen. Ich bemerke ausdrücklich, daß auch im Bundesverfassungsgesetz und zwar im Artikel 26 vorgesehen ist die Wahlpflicht in jenen Bundesländern, in denen dies durch Landesgesetz angeordnet wird. Nun ist im Jahre 1929 gerade diese Verfassung mit den Stimmen der Sozialdemokraten angenommen worden. Jetzt wollen wir von diesem Rechte Gebrauch machen. Ich bin überzeugt, daß sich diese Bestimmung außerordentlich wohltuend auch für die Sozialdemokraten auswirken wird (Abg. Stockbauer: „Nicht einmal für den Staatsäckel!“), weil ich ganz genau weiß, daß es auch auf ihrer Seite so und so viele Stimmen gibt, die Sie jetzt erreichen werden, die Sie aber sonst nicht erreicht haben würden. Daher möchte ich bitten, daß Sie ebenfalls Ihre Zustimmung geben. Ich stelle den Antrag, dieses Gesetz zu beschließen.

Abg. Stockbauer: Hohes Haus! In den Worten des Berichterstatters ist die Feststellung kennzeichnend, daß aus diesem Wahlzwangsgesetz auch für uns ein Vorteil entsteht. Damit hat er eigentlich dokumentiert, wessen Geist Pate bei der Geburt dieser Gesetzesvorlage war. Nicht die Interessen des Staates, nicht die Wahrung der demokratischen

Rechte sind maßgebend, sondern die Sicherung von parteipolitischen Begünstigungen. Wenige Minuten zuvor hat der Herr Landeshauptmann in einer sehr ernstlichen Auseinandersetzung dargelegt, wie sehr es notwendig ist, den Wählern einen größeren Spielraum einzuräumen, ihnen die Möglichkeit zu geben, die Individualität heranzuholen, um sie in den Vordergrund zu rücken, ihre Fähigkeiten besser im Dienst der Allgemeinheit verwenden zu können und wenige Minuten darauf hören wir, daß eine Gesetzesvorlage anempfohlen wird mit der Begründung, die der Berichtstatter gebracht hat. Wir brauchen diese Begünstigung nicht, denn die Tatsache, die Gegenüberstellung zwischen Wahlzwang und Wahlfreiheit sagt eigentlich schon alles. Es ist uns selbstverständlich, daß das Recht, zu wählen, eine verfassungsmäßig verankerte Tatsache ist, aber uns erscheint es vom Standpunkte der Demokratie ebenso selbstverständlich, daß man es dem Wähler überlassen kann und überlassen muß, ob er von diesem Rechte Gebrauch macht oder nicht. Wenn man die Artikel der ÖVP-Presse liest, hört man als Begründung für den Wahlzwang, daß dieser ein Teil staatsbürgerlicher Erziehung sein soll, eine Methode zur Erfüllung moralischer Bürgerpflichten, ein Akt demokratischer Erziehungsarbeit. So sehr alle diese Dinge betont, mit Nachdruck hervorgerufen werden, müssen wir doch mit dem Dichterwort sagen: Wir hören wohl die Botschaft, allein es fehlt uns der Glaube. In Wirklichkeit liegen die Dinge anders, liegen andere Absichten vor. Diese Begründung staatspolitischer Erziehung könnte nur den Vorwand abgeben, um andere Pläne der ÖVP zu verdecken.

Um was geht es denn? Wenn man die Versammlungsreden maßgeblicher ÖVP-Politiker in der letzten Zeit und die Auslassungen in der ÖVP-Presse verfolgt, so sieht man, daß die ÖVP augenblicklich und seit Wochen von einer Angst gepeinigt wird, daß die bürgerliche Monopolstellung bei dieser Wahl verloren gehen könnte, also von einer Angst, daß neue bürgerliche Parteien auftreten und einen Teil jener Stimmen an sich ziehen, die sich nicht sozialistisch entscheiden. Und aus dieser Angst heraus, daß durch die Konkurrenz die Vormachtstellung der ÖVP geschwächt werden kann, aus dieser wohl begründeten Angst heraus wird es verständlich, wenn die ÖVP heute daran schreitet, unter allen Umständen den Wahlzwang durchzusetzen. Wem soll denn dieser Wahlzwang zugute kommen? Schauen Sie, wir wissen alle zusammen, daß mit diesem Zwangsgesetz weit mehr Mißmut und Verärgerung als Zustimmung in der Bevölkerung hervorgerufen wird. Wir wissen alle zusammen, daß es zwei Gruppen von Wählern gibt. Solche, die die ganze Zeit aus einem starken politischen Interesse heraus die politischen Vorgänge verfolgen, die auch in der Lage sind, eine Kontrolle darüber vorzunehmen, wie weit die Parteien gewillt waren, ihre Versprechungen einzuhalten und wie weit es die Parteien unterlassen haben, ihre Aufgaben auf Grund ihrer seinerzeit den Wählern unterbreiteten Wahlprogramme durchzuführen. Diese stark politisch interessierten Gruppen, die aus eigenem Antrieb heraus eine Entscheidung treffen — lassen wir es

völlig dahingestellt, welche Entscheidung — werden bestimmt zur Wahl gehen, weil sie das Bedürfnis in sich haben, aktiv an der Wahl teilzunehmen, an der neuen Zusammensetzung der gesetzgebenden Körperschaften. Neben dieser gibt es eine andere Gruppe, die das ganze Jahr hindurch sich um Politik überhaupt nicht kümmert und die nie in die Lage kommt, aus eigenem heraus ein einigermaßen sicheres Urteil abzugeben, wem sie für die nächste Wahlperiode das Vertrauen überantworten soll. Wir wissen aus Erfahrung, daß erzwungene Wahlbeteiligungen immer der Reaktion und dem Rückschritt gedient haben, weil es ja begreiflich ist, daß die politisch Uninformierten und Uninteressierten in den letzten Tagen und Wochen vor der Wahl unter dem Einfluß der Propaganda stehen und unter diesem Einfluß auch ihre Wahl vornehmen. Ausschlaggebend ist noch etwas, was unter dem Titel „Tradition“ aufscheint. Schauen Sie, es ist ein offenes Geheimnis, die ÖVP hat im Jahre 1945 ihre Wahl selbstverständlich nicht auf Grund eines besseren politischen oder wirtschaftlichen Programms erreicht, sondern die ÖVP hat ihren Wahlsieg erreicht mit dem Plakat von dem „Urwienener und dem Wiener ohne Uhr“ und den Versprechungen, die sie den Angehörigen der Nationalsozialisten gegeben haben. (Zwischenrufe bei ÖVP.) Weil ihre Haltung nach der Wahl im stärksten Widerspruch zu dem gestanden ist, was sie damals versprochen hat, deshalb hat sie heute eine begründete Angst vor einer Konkurrenzpartei. Ein weiterer Faktor, der der ÖVP den Wahlsieg erleichtert hat, war ihre bewußt falsche Propaganda, wonach nach der Wahl die Sozialisten in Österreich mit den Kommunisten gemeinsame Sache machen werden. Diese Walze beginnen sie jetzt wieder abzuspielen. Und dieser „Wauwau“, mit dem sie die breiten Wählerschichten schrecken wollen, soll wieder erfolgreich für sie wirken in Kombination mit dem Wahlzwang. (LR. Dr. Illig: „Man sieht ja jetzt schon wieder diese Einheitsfront! Gerade bei diesem Wahlgesetz!“)

Schauen Sie, Herr Landesrat Illig, wir beide, Sie und ich, wir wissen ganz genau, wie wir über die Demokratie und ihre Sicherung denken. (LR. Dr. Illig: „Sie können nicht wissen, was ich weiß!“) Sie haben die gleichen Bedenken und die gleichen Sorgen, daß wir die Demokratie in unserem Lande unter allen Umständen erhalten. (Abg. Fischer: „Er sitzt auf dem gleichen Ast!“) Aber Sie werden mir eines zugeben müssen — wovon auch mein Vorredner, Herr Landesrat Horvatek, bereits gesprochen hat — wenn bei uns ein Mandatar sich so verhält, daß es mit unseren grundsätzlichen Auffassungen nicht mehr in Einklang zu bringen ist, dann machen wir einen radikalen Trennungsstrich und derjenige hat in unseren Reihen keinen Platz mehr. (LR. Dr. Illig: „Aber manchmal machen Sie das erst, wenn er selbst schon gegangen ist!“) Und überlegen Sie bitte einmal, wieviele in Ihren Reihen sind, die den Korneuburger-Eid geschworen haben, die mit der Hahenschwanzfeder herumspaziert sind, (Heftige Zwischenrufe bei ÖVP.) (Präsident gibt das

Glockenzeichen.) und wenn Sie mir nun sagen, daß alle diese Leute wirkliche Demokraten geworden sind, dann wissen Sie selbst genau, daß Sie stark übertreiben. Wir können aber für uns in Anspruch nehmen — und ich stelle das mit Nachdruck fest — wir Sozialisten haben in allen Großbetrieben Steiermarks die Arbeiterschaft vor der volksdemokratischen Vergiftung immunisiert. (LR. Dr. Illig: „Sie konnten das nur hinter unserem breiten Rücken, sonst wären Sie längst erlegen!“) Wir haben aus Ihren Reihen bei diesen ernstlichen Bestrebungen sehr wenig Unterstützung, aber sehr oft ein Gegenspiel und ein Zusammenspiel mit den Anderen vorgefunden. Wenn ich Sie nicht so genau kennen würde, so würden Sie mir in dem Augenblick sehr leid tun (LR. Dr. Illig: „Ist nicht notwendig!“), denn Sie wissen ganz genau, daß in Österreich mit der Macht und der Stärke der sozialistischen Partei die Freiheit und die Demokratie steht oder fällt. (LH.-Stellv. Dipl.-Ing. Udier: „Der Fierlinger war ja ein Sozialist, auch der Szakatics!“) Sie würden allein völlig außerstande sein, einen volksdemokratischen Ansturm auch nur auf Tage hinaus aufzuhalten. (LR. Dr. Illig: „Wir haben ja gesehen, was Ihre Kollegen in den Nachbarstaaten gemacht haben!“) Die Entwicklung in Ungarn und anderen Ländern hat das eindeutig bewiesen, daß in dem Augenblick, in dem die sozialistischen Parteien zu schwach werden, um einen Wall aufzurichten, Sie nicht mehr imstande sind, etwas zu unternehmen.

Wir wissen, daß es Ihnen außerordentlich unangenehm ist, diese Frage zu behandeln, vor allem deswegen, weil Sie es selber empfinden, daß nicht sachliche Überlegungen, sondern parteipolitische Interessen Sie veranlaßt haben, den Wahlzwang in Steiermark einzuführen. Ich glaube aber, daß Sie im Oktober durch eine ganz bedeutende Überraschung getroffen werden. Aber lassen wir das dahingestellt. Von einer anderen Seite betrachtet, ist folgendes zu sagen. Sie beklagen sich immer — und zwar mit Recht — über die hohen Aufwendungen der öffentlichen Hand. Ich erinnere mich, daß einige Ihrer Herren oft sehr kluge Worte über die Verwaltungsreform gesprochen haben. Sie schaffen aber mit diesem Gesetz eine Fülle von völlig unnützer Arbeit, denn entweder sind Sie entschlossen, diesem Gesetz Respekt zu verschaffen, dann sind Sie gezwungen, alle jene, die sich von der Wahlpflicht drücken, zu bestrafen, d. h., Sie werden unzählige Erhebungen vornehmen müssen. Haben Sie je daran gedacht, wieviel in dieser Angelegenheit geschwindelt werden kann, wieviele ärztliche Bescheinigungen fälschlich ausgestellt werden (LR. Dr. Illig: „Die Ärzte werden doch nicht alle mogeln!“) oder solche über dringende familiäre Angelegenheiten oder über Verkehrsstörungen beigebracht werden?! Oder aber diese Strafbestimmungen stellen eine bloße Drohung dar, womit Sie die Wähler schrecken wollen. Damit erweisen Sie der Gesetzgebung und sich selbst den schlechtesten Dienst. Denn ein Gesetz, bei dem man nicht gewillt ist, auf dessen Respektierung unter allen Umständen zu drängen, schadet dem Ansehen der Gesetzgebung

weit mehr, als wenn man auf die Schaffung eines solchen Gesetzes von Haus aus verzichtet.

Glauben Sie ernstlich, daß Sie imstande sein werden, demjenigen, der es unterläßt, zur Wahl zu gehen und dadurch seine Abstinenz zum Ausdruck bringen will, zu 4 Wochen Arrest oder 1000 S Geldstrafe zu verdonnern? Sie können das gar nicht verantworten. (LR. Dr. Illig: „Bei den Sozialisten werden wir es billiger machen.“) Einen Augenblick, Herr Landesrat! Nach Ihren Methoden kennen wir bereits den Aufteilungsschlüssel. In Ihrer Funktion als Leiter der Preisprüfungsbehörde haben Sie auch zuerst nach dem Mitgliedsbuch gefragt und dann den Strafsatz festgelegt. Sie verursachen da eine Fülle von Arbeit, die völlig unnütz ist und die zu einer Verärgerung und zu Mißmut beitragen wird.

Ich habe Ihre Wahlversprechungen aus dem Jahre 1945 durchgesehen. (Abg. Fischer: „Hast Du Deine eigenen auch durchgesehen?“) Sie haben viel versprochen und wenig gehalten. Aber mit diesem Gesetz sind Sie bereit, etwas zu halten, was Sie überhaupt nicht versprochen haben. Sie haben sich von Ihren Wählern niemals die Legitimation, die Vollmacht zur Einführung des Wahlzwanges geholt und das ist eine sehr undemokratische Maßnahme, die Sie beschließen wollen. (LR. Dr. Illig: „Aber der Nationalrat hat 1929 mit Ihren Stimmen das beschlossen.“) Haben Sie ein einziges Mal, in einer einzigen Wählerversammlung in der Zeit vor der Wahl 1945 nur mit einem einzigen Worte Ihre Absicht geäußert, einen Wahlzwang einzuführen? Nirgends! Ich habe eine Reihe von Versammlungsberichten durchgelesen. (Zwischenruf: „Besuchen Sie unsere Wählerversammlungen?“) Es ist mir gar nicht eingefallen, das zu machen. Sie haben nie daran gedacht, sich eine Vollmacht einzuholen, weil Sie genau wissen, daß Sie in ihren eigenen Reihen mit einer solchen Maßnahme auf bedeutenden Widerstand gestoßen wären. Sie sind zu dieser Absicht vielmehr gezwungen worden durch die für Sie unerquickliche politische Entwicklung. Wenn vorher festgestellt worden ist, daß Sie Wallfahrten nach Oberweis machen, dann verstehe ich, daß Sie zur Unterstützung solcher Methoden den Wahlzwang einführen. Wir können mit Nachdruck feststellen, daß wir dieses Wahlzwangsgesetz als undemokratisch mit allem Nachdruck ablehnen und wir prophezeien Ihnen heute, daß sich Ihre Erwartungen nicht erfüllen werden. Wir stellen fest, daß dieses Gesetz dem Ansehen der demokratischen Gesetzgebung nicht nützt, sondern sie nur belastet und bedauern es außerordentlich, daß es uns in den Ausschußverhandlungen nicht gelungen ist, Sie davon zu überzeugen, daß Sie mit dieser Maßnahme keinesfalls der Entwicklung in Österreich einen nutzbringenden Dienst erweisen. Die Sozialisten werden die Vorlage ablehnen. (Starker Beifall bei SPÖ.)

Abg. Pölzl: Hohes Haus! Im Ausschuß wurde viel über dieses Gesetz diskutiert und Herr Landesrat Illig hat als Wortführer der ÖVP im Ausschuß erklärt, daß dieses Gesetz gegenüber den bisherigen Lösungen einen Fortschritt darstelle. Es ist ihm auf einmal sehr um die Erziehung der Wähler zu tun, sehr darum zu tun, ihre demokratischen Rechte

wahrzunehmen. Von unserem Standpunkt aus ist das Wahlrecht das bedeutendste Recht, das der Staatsbürger überhaupt hat und es ist eigenartig, daß die ÖVP nun plötzlich der Meinung ist, daß man aus diesem Recht eine Pflicht machen soll, eine Pflicht machen müßte und unter Androhung von 1000 S Geldstrafe oder vier Wochen Arrest gewissermaßen den Wähler zwingen müßte, von seinem Wahlrecht Gebrauch zu machen. (Zwischenruf: „In der Volksdemokratie passiert noch mehr!“) Es ist kein Zweifel, daß die Motive, die die ÖVP zwingt, dieses Gesetz einzubringen, damit zusammenhängen, daß die ÖVP glaubt, durch eine solche Strafandrohung jenen Teil ihrer Wählerschaft von 1945, von dem sie wissen, daß er in seiner ÖVP-Überzeugung schwankend geworden ist, zu erschrecken und doch noch einmal dazu zu veranlassen, für die ÖVP zu stimmen. Aus der Einführung der Wahlpflicht geht hervor, daß sich die ÖVP in einer außerordentlichen Notlage befindet. (Gelächter bei ÖVP.) Wenn man sagt, man müsse die Wähler erziehen, ihre Rechte wahrzunehmen, so ist auch das wieder typisch für die ÖVP, mit welchen Mitteln sie die Wählerschaft zu erziehen gedenkt: 1000 S Geldstrafe oder 4 Wochen Arrest! (LR. Dr. Illig: „Wir haben noch niemand gezwungen, beim Fenster hinauszuhupfen.“) Es ist die typische Prügelpädagogik, die die ÖVP anwenden will, um die Wähler dazubringen, ihre Rechte wahrzunehmen. Sie sagen: in den Volksdemokratien herrsche blindwütige Diktatur. Weder in der Sowjetunion noch in den Volksdemokratien gibt es einen Wahlzwang. (Gelächter und Zwischenrufe.) Die Auflockerung der Listen, die Sie vorschlagen, ist ein Betrug an den Wählern. Der Wahlzwang ist von Ihnen gedacht als eine Art Vergewaltigung der Wähler. Aber seien Sie getrost! Die österreichische Wählerschaft, in diesem Falle die steirische Wählerschaft, wird sich auch von diesen Drohungen, die Sie in diesem Gesetze auszusprechen gedenken, nicht einschüchtern lassen. Sie wird bei den kommenden Wahlen sich sehr wohl dessen erinnern, was die ÖVP als hauptverantwortliche Regierungspartei in den letzten Jahren geleistet hat und nicht geleistet hat, sie wird darnach urteilen und, davon können Sie überzeugt sein, der ÖVP die Antwort auf ihre Politik geben, die sie in den letzten Jahren betrieben hat. Sie streiten sich hier im Hohen Landtag, wer der bessere Schützer der kapitalistischen Interessen in Österreich ist und Vizepräsident Stockbauer hat früher sehr deutlich ausgeführt, daß die SPÖ ebenfalls einen gerüttelten Anteil an der Rettung der kapitalistischen Profitwirtschaft in Österreich hat. Sie streiten sich darüber; aber ein großer und immer größer werdender Teil der österreichischen Bevölkerung ist sich darüber im klaren, daß es wirklich vorwärts in Österreich erst dann gehen wird, wenn wir die kapitalistische Profitwirtschaft überwinden und wenn solche Parlamente und Landtage gewählt werden, die bereit sind (LR. Doktor Illig: „Ernannt meinen Sie.“), mit der kapitalistischen Wirtschaft Schluß zu machen.

Herr Landesrat Illig, Sie haben im Verfassungsausschuß ein Beispiel gesucht und gewählt, womit

Sie illustrieren wollten, wie wichtig es sei, den Wahlzwang einzuführen. Sie beriefen sich darauf, daß ja der Staatsbürger auch gezwungen werde, die städtische Müllabfuhr in Anspruch zu nehmen, daß das ja auch eine staatliche Beeinträchtigung seiner persönlichen Freiheit darstelle. Es ist bezeichnend, welche Beispiele Sie wählen. Es ist bezeichnend, wie Sie den Wähler wirklich einschätzen. Im Landtag werden Sie das nicht sagen, das verstehe ich schon. Aber ich glaube, trotz aller Winkelzüge, die die ÖVP versucht, — auf der einen Seite mit ihrer scheindemokratischen Lösung der Auflockerung der Listen, auf der anderen Seite durch die Einführung des Wahlzwanges — wird der Wähler imstande sein, sich zu orientieren und wird der ÖVP sowohl auf das eine wie auf das andere die richtige Antwort geben.

Abg. Bauer: Hohes Haus! Ich möchte meinen beiden Vorrednern, Herrn Präsidenten Stockbauer und Herrn Abg. Pölzl, antworten. Es wird die ganze Zeit von Zwang (LR. Horvatek: „Ja, ist das kein Zwang?“) bei diesem Gesetz gesprochen. Niemand aber hat gesprochen von dem Recht, das dem österreichischen Staatsbürger zuteil wird. Es wird sich der größte Teil der steirischen Wähler kaum in die Lage versetzen lassen, daß es zu den Strafsanktionen kommen muß. Nicht wir profitieren! Ich weiß gar nicht, warum Sie sich aufregen. Wir haben dieses Gesetz nur den Wählern zuliebe geschaffen. Jeder Staatsbürger, der Rechte für sich in Anspruch nimmt, muß auch Pflichten übernehmen und dies nur soll mit diesem Gesetz zum Ausdruck gebracht werden. Es ist heute schon wiederholt der Meinung Ausdruck gegeben worden, daß die nächsten Wahlen schon die Antwort darauf geben werden. Warum sind Sie denn so nervös, wenn Sie ohnedies sicher sind, daß Ihre Leute 100%ig zur Urne gehen werden?! (Zwischenrufe. — LR. Horvatek: „Ja, haben Sie das getan, damit uns mehr wählen?“) Ich sehe aus allen diesen Zwischenrufen, daß Sie die Wähler um gewisse Pflichten bringen wollen. Lassen Sie doch den 9. Oktober herankommen. Sie werden sehen (Abg. Maria Matzner: „Bei den Strafmandaten!“), ob die Wähler wirklich so einen Abscheu vor dieser Wahlpflicht haben werden, wie Sie es gerne sehen würden. Sie sagen, unsere Mittel sind nicht einwandfrei. Wenn der Herr Präsident Stockbauer gesagt hat, daß wir es jetzt durch dieses Wahlzwangsgesetz notwendig haben, zur Demokratie zu erziehen, so kann ich nur sagen, es gibt so viele Länder — z. B. Belgien — mit einem sozialistischen Ministerpräsidenten und trotzdem wurde die Wahlpflicht ausgesprochen. (Abg. Hofmann: „Wir sind ja kein Königreich, sondern eine Republik!“) Warum, wenn sich in diesen so fortschrittlichen demokratischen Ländern die Wahlpflicht bewährt hat und man bei uns immer spricht, man solle sich an diesen demokratischen Ländern ein Musterbeispiel nehmen, dann sehe ich nicht ein, warum gegen dieses Wahlpflichtgesetz bei uns so Sturm gelaufen wird. Warum sehen Sie so schwarz? (Abg. Afritsch: „Noch schwärzer werden wir sehen!“) Sie laufen ja nur gegen dieses Gesetz

Sturm, weil es sie nervös macht. Das sehe ich aus allen Ihren Zurufen. Ich beantrage jedoch auch, für dieses Gesetz zu stimmen. (Beifall bei ÖVP.)

Landesrat Dr. Illig: Hohes Haus! Ein altes Sprichwort sagt, daß die beste Verteidigung der Angriff ist und ein bewährtes Rezept, sich zu wehren, wenn man sich nicht ganz sicher fühlt, ist, den Spieß umzukehren. (Abg. Stockbauer: „Im Spießumdrehen sind Sie Olympiasieger!“ Heiterkeit links.) Und das haben die beiden Parteien, die SPÖ und die KPÖ auch in diesem Hause heute aufgeführt. Ich stimme mit Ihnen überein, daß man heute schon deutlich merkt, daß die Oktoberwahlen ihre Schatten vorauswerfen. Gekennzeichnet ist die Tatsache durch eine besondere Nervosität gerade der Sozialistischen Partei. Das hat man gerade vorhin bei der Rede des Kollegen Bauer gesehen, wie alle aus dem Häusel waren. Schauen Sie, bisher war man es gewöhnt, bei irgend einem besonderen politischen oder wirtschaftlichen Ereignis, den Kommunisten als den ärgsten Schreibern und Lärmmachern zu begegnen. Im Gegensatz zu heute, heute sind Sie (zur SPÖ gewendet) einmal bei diesem Rennen an der Spitze. Und die KPÖ verhält sich dem gegenüber geradezu sanft und still. Meine lieben Kollegen Fischer und Ditto (Helles Gelächter), der Grund für dieses stille Verhalten liegt vielleicht darin, daß Sie innerlich das Rennen schon aufgegeben haben (Erneute Heiterkeit), daß Sie innerlich vielleicht schon überzeugt sind, daß Sie nach den Oktober-Wahlen aus den parlamentarischen Körperschaften hinausgeblasen werden. (Abg. Fischer: Wir werden ja sehen!“) Der kommunistische Traum von dem Ministersessel und von dem Nationalrat, in dem mehr Kommunisten sitzen, ist ausgeträumt. Soviel ist sicher, in der Arbeiterkammer und in einigen Betriebsräten werden Sie noch eine zeitlang weiterosen und herumlärmern, aber dieses Austragsstüßerl wollen wir Ihnen gerne gönnen. Requiscat in pace! (Stürmische Heiterkeit.) Aber, Hohes Haus, auch die SPÖ gibt merkbare Zeichen von sich, die nur als Alterserscheinung gewertet werden können. (Zwischenruf: „Ich glaube, sie ist auch schon über 50!“) (Abg. Stockbauer: „Zum Unterschied von Ihrem jugendlichen Übermut!“) Mein lieber Freund, ich bin gut erhalten, wissen Sie. (Zwischenruf: „Aber nicht von Herrschaften abgelegt.“) Weil ich immer einen entsprechenden Lebenswandel geführt habe. (Immer wieder Heiterkeitsausbrüche.)

Aber bitte, Hohes Haus, lassen Sie mich zur Sache kommen. Die Nervosität der SPÖ kommt aus Anlaß dieses Wahlpflichtgesetzes ganz besonders zum Ausdruck. Die „Neue Zeit“ vom 8. Juli hat darüber eine Jeremiade losgelassen und im Gemeinde- und Verfassungsausschuß hat sich der sonst so sachliche Landesfinanzreferent Landesrat Horvatek als giftiger politischer Streiter entpuppt (Heiterkeit.), lebhaft sekundiert von den Herren Genossen Afritsch und Operschall und vom Genossen Ditto Pölzl. Das möchte ich besonders hervorheben, daß wir hier eine Einheitsfront dieser beiden Parteien feststellen mußten. Die KPÖ liebt es, uns und die Sozialisten als Ast-

parteien zu bezeichnen, weil wir angeblich auf demselben Aste hocken, den abzuschneiden sie sich bemüht. (Abg. Fischer: „Wird schon kommen!“) In Anlehnung an diese Bezeichnung möchte ich diese beiden Parteien SPÖ und KPÖ als Wurzelparteien bezeichnen, weil sie aus derselben Wurzel, nämlich dem kommunistischen Manifest, den Lehren eines Marx und Engels entsprungen sind und obwohl die eine dieser Wurzelparteien nach meiner Meinung schon merkbar von der Bourgeoisie angekränkelt ist, liebt sie es hin und wieder, an der alten Wurzel zu nagen. (Gelächter.) Nun, was ist eigentlich die Ursache dieser großen Aufregung und Nervosität? Die Ursache ist diese Regierungsvorlage der Steiermärkischen Landesregierung, die heute dem Landtage vorliegt, womit die Wahlpflicht eingeführt werden soll. Nun das ist nicht einmal die Idee der ÖVP-Mehrheit der Steiermärkischen Landesregierung. Es ist etwas, was wir in Anlehnung an das Bundesgesetz vom 18. Mai 1949 machen. Auf Grund dieses Bundesgesetzes sind die Länder ermächtigt, nach eigenem Ermessen die Wahlpflicht einzuführen oder nicht. Man kann, wie heute schon mehrfach festgestellt wurde, noch weiter zurückgehen. Die Möglichkeit, die Wahlpflicht in den einzelnen Bundesländern fakultativ einzuführen, ist bereits in den Verfassungsbestimmungen des Jahres 1929 enthalten, für die die sozialdemokratische Partei, die Mutter oder Urgroßmutter der heutigen sozialistischen Partei, einhellig gestimmt hat. (LR. Horvatek: „So alt dürfen Sie uns nicht machen!“) Nun gestatten Sie mir eine kleine historische Abschweifung. Auch dieses Verfassungsgesetz vom Jahre 1929 ist bei weitem nicht der Anfang des Wahlpflichtgedankens. Der ist vielmehr eine uralte historische Erscheinung, die mit dem Entstehen der Demokratie in der Menschheitsgeschichte fast untrennbar verbunden ist. Schon in den alten antiken Demokratien, dann in den Demokratien der italienischen Städterepubliken ist immer wieder der Gedanke der Wahlpflicht aufgetaucht und in mehr oder minder strenger Form auch zeitweise verwirklicht worden. Auch in den germanischen Volksrechten kommt der Gedanke der Wahlpflicht vor. Richtig formuliert als Wahlpflicht im heutigen Sinne ist aber dieser Gedanke ein echtes Kind der Revolution und zwar der französischen Revolution, (Rufe: Hört, hört!) wie ich Ihnen heute zu Ihrer Orientierung mitteilen möchte. Im Jahre 1789 haben bekanntlich alle französischen Gemeinden ihre Deputierten zur Versammlung der Reichsstände nach Versailles zu entsenden gehabt. Die französische Gemeinde Aurons hat an der Spitze ihres Programms die Forderung nach der Einführung der Wahlpflicht gehabt. Zugleich mit diesem großen welthistorischen Ereignis der Befreiung der Menschheit, der Festlegung der Menschenrechte, ist auch der Gedanke aufgetaucht, mit der Erringung der staatsbürgerlichen Freiheit auch die Pflichten zu verbinden, diese staatsbürgerlichen Freiheitsrechte auch tatsächlich auszuüben. (Abg. Fischer: „Jetzt redet er wie ein Jakobiner!“) Die Wahlpflicht, historisch betrachtet, ist ein echtes Kind der Revolution und es ist sehr zu bedauern, daß die

etwas vergreisten Nachfahren der ehemaligen Revolutionäre jetzt ihr eigenes Kind derart verleugnen und zurückstoßen wollen. (Lebhafte Heiterkeit.) Hohes Haus! Bei diesem Antrage im Jahre 1789 ist es natürlich nicht geblieben. Viele Staaten haben seither die Wahlpflicht eingeführt; manche haben sie dauernd eingeführt, manche einige Jahrzehnte gehabt und dann abgeschafft, dann neuerlich wieder eingeführt, u. a. Liechtenstein, Mexiko, Venezuela, San Salvador, die meisten deutschen Kantone der Schweiz, dieses Land, das uns ja immer wieder als Musterbeispiel einer echten Demokratie vor Augen gehalten wird, hat die Wahlpflicht seit 1893 eingeführt. (Zwischenruf Landesrat Horvatek: „England, Schweden, Norwegen, Italien, was ist mit denen?“) Alle haben die besten Erfahrungen gemacht, auch in den Niederlanden ist zur Zeit Wahlpflicht, zwar nicht die Pflicht, seine Stimme tatsächlich abzugeben, aber doch der Zwang für den Wähler gesetzlich eingeführt, wenigstens im Wahllokal zu erscheinen. Im Deutschen Reiche hat man sich ebenfalls wiederholt mit der Einführung der Wahlpflicht intensiv beschäftigt. Eine eigene Partei, die seinerzeitige deutschsoziale Reformpartei, hat die Forderung nach Einführung der Wahlpflicht an die Spitze ihres Parteiprogrammes gestellt. 1895, 1896, 1897, 1898 sind immer wieder Anträge im Reichstag auf Einführung der Wahlpflicht gestellt worden. (Landesrat Horvatek: „Aber nicht angenommen worden.“) Sogar zahlreiche Petitionen aus dem Volke sind in den Reichstag hineingetragen worden, die Wahlpflicht einzuführen. Im Jahre 1922 stellte der Abg. Hergt im Deutschen Reichstag neuerlich den Antrag, die Wahlpflicht einzuführen und eigene Verfassungsbestimmungen zu schaffen. Mit ganz geringer Mehrheit, nur mit 17 Stimmen bei einer Gesamtzahl der Abgeordneten von 500, ist damals dieser Antrag abgelehnt worden, sonst wäre auch im Deutschen Reiche die Wahlpflicht schon seit 1922 eingeführt worden. Also, Hohes Haus, Sie sehen, der Gedanke ist durchaus nicht so neu, wie die Herren Kollegen Horvatek und Afritsch im Gemeinde- und Verfassungsausschuß ausgeführt haben. (Abg. Fischer: „Neue Gedanken hat die SPÖ noch nie gehabt.“) (Zwischenruf: „Der Gedanke, Sie auszuaradieren, ist jedenfalls alt, den werden wir im Oktober durchführen.“)

Das war nämlich das ganze Argument der beiden Herren Vorredner. Es ist bezeichnend für die fortschreitende Vergreisung der Sozialistischen Partei, daß sie als Argument nur anzuführen wußte „ja, mein Gott, was kommt denn da Neues daher, ja, so etwas, das war noch nie da.“ (Heiterkeit.) Der Herr Abg. Afritsch hat gesagt und hat dabei große Kugelaugen gemacht „so etwas hat es doch noch nie gegeben in der Steiermark.“ Wie schon der Herr Berichterstatter richtig ausgeführt hat, ist das überhaupt kein Argument. Zu allen Zeiten, wenn Reformatoren aufgetreten sind, (Gelächter, Zwischenrufe.) die eine technische Neuerung oder ein großartiges neues Gesetzeswerk in die Welt setzen wollten, hat es immer Reaktionäre gegeben, die gegen das Neue angekämpft und die gesagt haben:

Was wird da wieder alles passieren! Mit der Eisenbahn darf man nicht fahren, die geht ja zu schnell, obwohl sie nur 25 km in der Stunde fuhr.

Nun zur rechtlichen Seite der Angelegenheit. Diese rechtliche Seite möchte ich ganz besonders behandeln. Das Wahlrecht — so argumentieren unsere Gegner in dieser Frage — ist eben ein Recht und ein Recht kann niemals eine Pflicht sein, es gäbe keinen Zwang, sich eines Rechtes, das einem zusteht, auch wirklich zu bedienen. Diese Argumentation gilt nicht einmal für die Sphäre des Privatrechtes. Wir behaupten, daß das Wahlrecht in die Sphäre des öffentlichen Rechtes gehört und auf dem Sektor des öffentlichen Rechtes ist meistens ein Recht auch automatisch und organisch mit einer entsprechenden Pflicht verbunden. Wir bestreiten auf das entschiedenste, daß das Wahlrecht nichts weiter sein soll als eine subjektive individuelle Befugnis des Wählers, seine Stimme abzugeben. Ein berühmter Staatsrechtslehrer, Prof. Wutkovich, sagt mit vollem Recht diesbezüglich, wenn das Wahlrecht nichts weiter wäre als eine individuelle Befugnis eines Wählers, so könnte man auch den Stimmenverkauf nicht unter Strafsanktion stellen. Das ist eine logische und richtige Folgerung. Wenn wir uns auf den Standpunkt stellen, das Wahlrecht ist eine subjektive Befugnis des Einzelnen, mit dem man schalten und walten kann wie mit einem unbegrenzten Eigentum, dann könnte der Wähler seine Vollmacht verkaufen, könnte einen Stellvertreter senden usw. Das sind aber lauter Dinge, die in jeder Demokratie seit Jahr und Tag verboten sind. Weil eben dieses Recht kein Recht niederer Sorte — sozusagen gemeiner Qualität — ist, sondern das höchste öffentliche Recht überhaupt, durch welches entscheidend in die Geschichte des Staates eingegriffen wird und die Richtlinien bestimmt werden, nach der der Staat weitere 3 oder 4 Jahre geleitet werden soll. Aber, Hohes Haus, sogar auf dem Gebiet des Privatrechtes gibt es eine Anzahl von Rechten, die gleichzeitig Pflichten sind, wo Rechte und Pflichten so eng miteinander verbunden sind, daß eine Trennung fast unmöglich ist. Schauen Sie, das ursprünglichste und selbstverständlichste Recht — gewissermaßen aus dem Naturrecht hervorgegangen — ist das Eigentumsrecht. Was steht nun im ABGB. über das Eigentumsrecht. Der § 354 sagt: „Als ein Recht betrachtet, ist Eigentum die Befugnis, mit der Substanz und den Nutzungen einer Sache nach Willkür zu schalten, und jeden anderen davon auszuschließen.“ Aber schon der § 363 des ABGB. spricht aus: „... nur darf der Eine nichts vornehmen, was mit dem Rechte des Andern in Widerspruch steht.“

Es wird dort also ausgesprochen, daß ich dieses Eigentumsrecht nur insoweit gebrauchen darf, als ich nicht in das Recht dritter Personen eingreife und außerdem nur insoweit, als es mit dem öffentlichen Wohl und mit den in verschiedenen Gesetzen niedergelegten Erfordernissen des öffentlichen Wohls vereinbar ist. Man sieht also, kaum bekomme ich ein Recht, kaum bin ich Eigentümer einer Sache geworden und habe die Befugnis, ein Recht — nämlich das Eigentumsrecht — auszuüben,

so habe ich gleichzeitig damit auch eine Reihe von Pflichten zu erfüllen. Und die ganze Gesetzgebung aller modernen Staaten ist eigentlich nichts anderes als eine Beispielsammlung dafür, daß Rechte und Pflichten des Staatsbürgers fast immer unauflöslich miteinander verbunden sind. Der Staat hat das Recht, in bestimmten, im Gesetz taxativ aufgezählten Einzelfällen eine Enteignung vorzunehmen, z. B. um einen Eisenbahnbau durchzuführen, gleichzeitig im selben Gesetz aber ist ihm die Pflicht auferlegt, für diese Enteignung eine angemessene Entschädigung zu bezahlen. Es gibt auch eine ganze Reihe von Gewerberechten, die gleichzeitig festlegen, daß dieses Recht, bei sonstigem Verlust des Rechtes, ausgeübt werden muß. Im § 53 der Gewerbeordnung z. B. wird für eine ganze Reihe von Rechten die Betriebspflicht festgelegt. Der Staat verleiht jemandem die Befugnis, eine Fleischhauerei zu betreiben, sich als Rauchfangekehrer zu betätigen, ein Personen- oder Lastentransportgewerbe zu betreiben, aber gleichzeitig legt der Staat dem Betreffenden die Pflicht auf, dieses Gewerbe, dieses Unternehmen zu betreiben. Der Bäcker, der Fleischer, der Rauchfangekehrer, der Transportgewerbetreibende kann nicht von diesem Recht nach seinem Belieben Gebrauch machen, sondern er muß dieses Recht ausüben. Das ist in der Gewerbeordnung ausdrücklich festgelegt unter dem Begriff der Betriebspflicht. Wenn er sich gegen diese Pflicht, das Recht auszuüben, vergeht, dann wird er nach der Gewerbeordnung mit Geld oder mit Arrest bestraft. (Zwischenruf Landesrat Horvatek: Ausübung eines Gewerbes ist nicht dasselbe wie die freie Wahl!) Warten wir nur, ich bin noch nicht am Ende. Geduld, Herr Landesrat Horvatek! Ich habe noch mehr Pfeile in meinem Köcher. (Abg. Maria Matzner: „Ist das eine Obstruktionsrede?“) Jedenfalls beweisen diese Beispiele, die sich noch beliebig lang fortsetzen lassen, daß es ein Unsinn ist, zu behaupten, daß ein Recht letzten Endes nicht auch eine Pflicht sein kann. Aber darüber hinaus, Hohes Haus — und jetzt wende ich mich besonders an die SPÖ — sieht man, daß die Wahl- und Stimmpflicht bei uns bei allen politischen Parteien seit Jahrzehnten praktisch schon eingeführt ist. Oder gibt es vielleicht im Landtagsklub der SPÖ oder im Gemeinderatsklub der SPÖ oder im Nationalratsklub der SPÖ oder in der SPÖ-Fraktion der Arbeiterkammer keine Stimmpflicht und keinen Stimmzwang? Na, ich möchte den Nationalrat sehen oder den Landtagsabgeordneten oder den Gemeinderat, der sich erlauben würde, bei einer wichtigen Abstimmung aus der Reihe zu tanzen und von seinem Stimmrecht keinen Gebrauch zu machen. Es ist zwar kein Gesetz vorhanden, um den betreffenden SPÖ-Abgeordneten unter Strafsanktion zu stellen, dafür aber das sozialistische Parteistatut und das würde diesen Außenseiter um die Erde hauen, daß ihm Hören und Sehen vergeht. (Heiterkeit.) Angesichts dieser Tatsache, daß diese Partei, die den Stimmen- und Wahlzwang jetzt so scharf bekämpft, in ihren eigenen Reihen die allerstrengste Parteidisziplin eingeführt hat, wo ein Abgeordneter, der aus der Reihe

tanzt, hinausbugsiert wird, angesichts dieser Tatsache müßten wir uns sagen: Wenn man einem Nationalrat oder Landtagsabgeordneten der SPÖ zumuten kann, sich der Stimmpflicht zu unterwerfen, wird man es wohl auch den einfachen Wählern gegenüber verantworten können, zumal sogar der Generalstab der Partei sich dieser Regel schon längst gefügt hat.

Nun zur Behauptung, die schon mehrfach von den Rednern der beiden „Wurzelparteien“ ausgesprochen wurde, zur Behauptung, wir treten für das Gesetz nur ein, weil wir uns besondere Vorteile erhoffen. Schauen Sie, das können Sie in keiner Weise beweisen. Gerade Ihre Ausführungen müßten eigentlich zu dem Schlusse führen, daß dieses Wahlpflichtgesetz uns zum Nachteile gereichen wird. Sie haben ausgeführt, daß es Verdruß und Ärger usw. bei unseren Wählern erzeugen wird. Der Herr Vizepräsident Stockbauer hat als zweites Orakel von Delphi (Gelächter) die schlimmsten Folgen prophezeit. Wenn das Ihre ehrliche Meinung ist, müssen Sie zugeben, wenn wir trotzdem etwas machen, obwohl wir nach Ihren Ausführungen zu gewärtigen haben, daß es uns schadet, so können wir sicherlich nur aus sachlichen und objektiven Erwägungen handeln. Wir erwarten uns keine besonderen Vorteile, ebensogut können wir behaupten, wir tun es, um Ihnen einen Vorteil zu verschaffen, (Zwischenruf: „Das glauben Sie ja selbst nicht.“) um die säumigen roten Schäflein zur Urne zu bringen. (Abg. Stockbauer: „Soviel Geistlosigkeit auf einmal!“) Es ist etwas Wahres daran, wir haben ein Interesse, daß eine Minderheitspartei, die doch irgendwie in gemäßigten Bahnen daherwandelt, erhalten bleibt und nicht der kommunistischen Konkurrenz verfällt. In diesem Sinne müssen wir sagen, treten wir für das Wahlpflichtgesetz ein zugunsten der SPÖ. (Zwischenruf: „Zu liebenswürdig!“) Also nicht aus Sorge, Hohes Haus, um unseren Bestand beschließen wir das Gesetz, um diesen Bestand der ÖVP brauchen Sie sich keine Sorgen machen. (Landesrat Horvatek: „Aber Sie!“) Die Abg. Stockbauer und Pölzl haben uns eine schwere Havarie prophezeit, das kann nur als vorzeitige Wirkung der herannahenden Hundstage gewertet werden. Obwohl der heurige Sommer bisher überaus kühl verlaufen ist, hat die Temperatur schon hingereicht, um derartige großwahnwitzige Blasen in der „Neuen Zeit“ und in der „Wahrheit“ aufsteigen zu lassen. Aber diese Sorge ist unbegründet. Der Bau der ÖVP ist fester gefügt denn je, fester und unerschütterlicher denn je. Nicht aus Sorge um die Festung, um diese für Sie beide uneinnehmbare Festung haben wir diese Vorlage eingebracht, sondern weil wir wirklich den Staatsbürger zur Ausübung seiner Rechte bringen wollen, weil wir haben wollen, daß das Volk an der Demokratie, am öffentlichen Geschehen weitesten Anteil nimmt, weil wir wollen, daß die Demokratie so lebendig als möglich gestaltet wird. (Zwischenruf: „Mit der Peitsche!“) — (Andauernder, lebhafter Beifall und Bravorufe bei ÖVP.)

Abg. **Opschall**: Hohes Haus! Landesrat Doktor Illig hat mit einer militärischen Einleitung be-

gonnen, indem er sagte, die beste Verteidigung ist der Angriff. Ich möchte das auch etwas militärisch darstellen, etwa so: Wenn in einem Kriege die kämpfende Truppe nicht mehr nachkommt, dezimiert wird, beginnt man den Volkssturm und den Landsturm aufzurufen und so ist es auch mit diesem Wahlpflichtgesetz. Nachdem man weiß, wie die Dinge stehen und kommen werden, geht man daran, den politischen Landsturm und Volkssturm in der ÖVP aufzurufen. Aber wenn man von dieser Seite aus dies betrachtet, dann wissen Sie, daß diese Streiter immer wirklich das letzte Aufgebot gewesen sind und daß gerade diese Heere zu den verlierenden gezählt haben. Wenn die ÖVP zu diesem letzten Mittel greift, muß man sich zurück-erinnern, wie es in diesem Hause vor 1934 war. Im Jahre 1934 hat es mehrere Parteien gegeben, da ist auf der Gegenseite die Zahl von 17 gewesen und hier herüber ebenfalls 17 und in der Mitte waren 6 und 8, also 14 Abgeordnete und das ist das Gespenst, das die ÖVP in der Steiermark bedrückt, es könnte wieder so kommen, daß sie nicht die Mehrheit in diesem Lande haben wird. (Zwischenruf: „Sie werden doch nicht Mandate verlieren wollen!“) Wir werden sie nicht verlieren, Sie werden sie verlieren an diejenigen, die Sie mit Gewalt in ihre Reihen zu ketten versuchen. (Abg. Vollmann: „Wir schreiben niemand vor, wie er wählen soll.“) Wir sind dankbar für diese Aufklärung. Wenn wir von der Begründung der Wahlpflicht hören, müssen wir es uns ansehen, wie es in Steiermark wirklich beschaffen ist. Wir haben in Steiermark 1927 eine 84prozentige Wahlbeteiligung gehabt, 1930 haben wir eine 86prozentige gehabt, 1945 eine 93,8prozentige Wahlbeteiligung. Ohne Wahlpflichtgesetz hat sich die demokratische Auffassung der Wähler und der Bevölkerung soweit durchgesetzt, daß sie gesagt hat: Wir sind interessiert am politischen Geschehen in diesem Lande, deshalb werden wir unser Wahlrecht ausüben, wir werden zur Wahl gehen und werden dort unsere Meinung dadurch zum Ausdruck bringen, daß wir die Partei, die Kandidaten wählen, die uns hier in Vorschlag gebracht worden sind. Wir sind aus prinzipiellen Gründen gegen die Wahlpflicht, gleichgültig ob sie uns nützt oder schadet. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß wir uns das Wahlrecht, wofür wir Jahrzehnte hindurch hart und bitter gekämpft haben, gegen Ihre Urgroßväter und Urgroßmütter der Christlichsozialen Partei in der alten Monarchie, wo wir auf die Straße gegangen sind und das Wahlrecht erkämpft haben gegen Ihren Willen, nicht nehmen lassen. Wenn Sie heute Länder als Beispiel heranziehen, wie Tirol und Vorarlberg, wie ist die Sache dort? Wie ist das prozentuelle Verhältnis der Wahlberechtigten zu den abgegebenen Stimmen? Wie steht es in Tirol mit der Wahlpflicht? Tirol hat 1945 ein Wahlpflichtgesetz gehabt. Während wir ohne Wahlpflicht eine 94prozentige Wahlbeteiligung hatten, hat Tirol eine 90prozentige Wahlbeteiligung gehabt. Wir haben nicht gehört, daß in Tirol einer bestraft wurde, der nicht zur Wahl gegangen ist. In Tirol hat man sich nicht getraut, von diesem Rechte, das

durch dieses Gesetz geschaffen wurde, Gebrauch zu machen und nur einen einzigen zu bestrafen, weil Sie genau gewußt haben, daß das Ihnen sehr großen Schaden zufügen würde. Man hat die Wahrnehmung gemacht, daß gerade in jenen Ländern, wo Wahlpflicht besteht, der größte Anteil an ungültigen Stimmen zu verzeichnen ist. Man hat zwar dadurch noch einige Leute dazu gezwungen zur Wahl zu gehen, aber durch die Abgabe eines leeren Stimmzettels haben sie sich der Pflicht wohl entledigt, doch zugleich damit dokumentiert, daß sie am politischen Geschehen keinen Anteil nehmen wollen. So sind die Dinge in Wirklichkeit von der ziffernmäßigen Seite aus gesehen. Wenn Sie nun hier erklären, daß Sie mit diesem Gesetz der wahren Demokratie zum Durchbruch verhelfen wollen, dann erinnere ich Sie an den „Korneuburger Eid“, den viele von Ihnen mitgeschworen haben und wo es geheißen hat: „Wir streben die Macht im Staate an, wir verwerfen Demokratie und Parlament, wir vertreten die Grundsätze des autoritären Staates.“ Und diese Gruppe in Ihrer Partei scheint die Oberhand bekommen zu haben, diese Gruppe glaubt wohl, mit diesen autoritären Mitteln den letzten politischen Landsturm zu mobilisieren, um ihre Macht im Staate aufrecht zu erhalten. Daß es nicht dazu kommen wird, dafür wird die Wählerschaft schon sorgen. Hätten Sie in diesem Land und in ganz Österreich eine Politik betrieben, die die Wähler letzten Endes dazu bewogen hätte, Ihrer Partei die Stimme zu geben, dann hätten Sie es nicht notwendig gehabt, ein Wahlpflichtgesetz einzuführen.

Der Herr Abg. Bauer hat hier in bewegten Worten eigentlich erklärt, wie notwendig es ist, den Bürger zu seinem Recht zu verpflichten. Der Herr Abg. Bauer denkt dabei sicher an die Studentenwahlen, wo die Wahlbeteiligung ziemlich niedrig war. Daher wohl auch diese Angstträume, die Sie dazu bewogen haben, zu dem Wahlpflichtgesetz zu greifen.

Der Herr Landesrat Dr. Illig hat von einem Gesetz gesprochen, z. B. dem Eisenbahnbau, und damit im Zusammenhang, der Enteignung. Das ist ein öffentliches Recht, aber wo steht es, daß man zum Schutze einer Volkspartei ein solches Pflichtgesetz einbringen muß? Besteht wirklich ein öffentliches Interesse oder ein staatliches Interesse, daß die ÖVP auf alle Fälle erhalten werden muß? (Heftige Zwischenrufe bei ÖVP.) Das werden Ihnen die Wähler ja zur Genüge beweisen.

Aus allen diesen angeführten Gründen sind wir mit Recht gegen die Wahlpflicht und wir werden es den Wählern entsprechend auch zur Kenntnis zu bringen versuchen. Gerade in jenen Kreisen, an denen Sie das größte Interesse haben, z. B. in der Oststeiermark, — das beweist die Statistik vom Jahre 1945 — war die größte Wahlbeteiligung vorhanden. Dort ist jedenfalls eine Gemeinde, die laut Statistik 146 Wahlberechtigte hatte und in der 164 Stimmen abgegeben wurden. So steht es jedenfalls im amtlichen statistischen Protokoll. (Zwischenruf LR. Dr. Illig: „In Wien haben die Toten die rote Liste gewählt!“) Das war der Herr

Babelka, der die ganzen Friedhöfe hat aufmarschieren lassen, um die christlichsoziale Mehrheit zu schaffen. Das sind die Herrschaften, die jetzt glauben, auch den letzten politischen Landsturm mobilisieren zu können. Wir jedoch sind felsenfest davon überzeugt, daß die Wähler am 9. Oktober ihr Urteil darüber abgeben werden und wir werden dafür sorgen, daß auch dieses Gesetz auf die Tagesordnung gesetzt wird, denn am 9. Oktober soll auch entschieden werden, ob man zur Wahl gezwungen werden soll oder nicht. Sie sind für den Zwang, wir sind für die Freiheit. Wir werden gegen dieses Gesetz stimmen. (Bravorufe, Händeklatschen bei SPÖ.)

Abg. Ponsold: Hohes Haus! 8 Jahre habe ich die Ehre, diesem Hause anzugehören, aber so nervös, wie heute, ist es noch nie hier zugegangen. Wenn man ein bißchen herumschaut und logisch denkt, so sieht man, daß es auch andere Rechte gibt, die auch gleichzeitig eine Pflicht beinhalten. Wird ein Kind geboren, gibt es die Matrikelpflicht, wird es 6 Jahre alt, kommt die Schulpflicht. Eine Pflicht, die ich heute noch für undemokratisch halte, ist die Pflicht der standesamtlichen Trauung, die jeder Staatsbürger noch neben der kirchlichen durchführen muß, nur daß die Geschichte mehr kostet. Nun ist es eben so, daß mit der Einführung dieser Wahlpflicht eine neue Pflicht für den Staatsbürger entsteht. Schulpflicht, standesamtliche Pflicht, Wahlpflicht!

Daß aber eine richtige Führung im Staate ist, darum scheren sich viele Leute überhaupt nicht. Sie tun wohl schimpfen und kritisieren, aber wenn man sie fragt: „Gehst Du zur Wahl?“ Dann sagen sie einem: „Geh, leck' mich“ (Stürmische Heiterkeit. — Landesrat Dr. Illig: „Beitrag zum Goethejahr.“) Wo es dabei doch um den Aufbau und die Führung des Staates geht, wo es doch jedem um seine eigene Sache geht, da sind die Leute vielfach so gleichgültig und gehen nicht hin und dokumentieren damit ihre Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal ihres Vaterlandes. Für uns da herinnen, wir alle 48, wir brauchen natürlich keinen Zwang, wir wissen, worum es geht, wir gehen schon zur Wahl, und mit uns auch noch viele andere. Aber es gibt leider auch andere Leute. Wir Bauern sagen Gattungen. Die Wissenschaft nennt es Naturelle. Sie unterscheidet hauptsächlich 5 Naturelle: 1. Das Ernährungsnaturell. 2. Das diktatorische Naturell. 3. Denknaturell. 4. Das harmonische Naturell und 5. das disharmonische Naturell, welches Gott sei Dank sehr selten zu finden ist, etwas öfter in der Karlaue. (Heiterkeit.)

Die Sachlage ist kurz folgende: 94% sind 1945 zur Wahl gegangen, 3% können wir als krank und siech ausscheiden, bleiben somit noch 3%. Das Ernährungsnaturell wird es vorziehen, zur Wahl zu gehen, als Strafe zu zahlen oder sich einkerkern zu lassen. Das diktatorische Naturell wird teilweise weiße Stimmzettel abgeben, aus diesen Kreisen stammen die neuen Parteigründer. (Gelächter.) Das disharmonische Naturell wird teils zur Wahl gehen, teils nicht. Alle Parteien haben unter diesen 3% Anhänger und daher kann man die Auswirkung des

Wahlpflichtgesetzes noch nicht genau voraussagen. Der eine ist eben so und der andere so. Der eine ist zufrieden, wenn er genug zu fressen hat, um alles andere schert er sich nicht, und solche Leute muß man dann eben durch ein Gesetz auf ihre Staatsbürgerpflicht aufmerksam machen. Denn die Leute wollen ja sonst für sich immer eine Extrawurst. Jetzt bleibt nur mehr eine Gattung Leute, — 5 Gattungen unterscheiden wir — das ist das sogenannte disharmonische Naturell. (Heiterkeit.) Jetzt tut er Ihnen schön, in der nächsten Viertelstunde bringt er sie um. Auch solche Leute brauchen ihren Herrn. Für gute Leute sind die Gesetze nicht geschaffen, sondern für die disharmonischen und die anderen drei Gattungen und solche haben wir nicht so wenig. Sie werden sich überlegen: wenn es sein muß, gehen wir halt. Ob sie die oder die Partei wählen, ist gleichgültig, ebenso ob er einen leeren Stimmzettel hineintut oder nicht, aber gehen muß er. Das Gute hat's schon. Nach diesem verspielten Krieg, nach diesem furchtbaren Zusammenbruch hat die Moral so sehr gelitten und auch die Idee des Aufbaues, sozusagen das Widererstehen eines wirklich menschlichen Zusammenlebens. Das Vaterland hat viel gelitten und wir werden da wohl ein bißchen nachhelfen müssen mit so einem Gesetz. Wir werden dann sehen, wem es Nutzen bringt. Diese Geißel, dieses Gesetz müssen wir einmal anwenden für die gesunkene Moral unserer jetzigen Generation. (Bravorufe, Händeklatschen bei ÖVP.)

Abg. Laufenstein: Hohes Haus! Ich fühle mich verpflichtet, einiges auf die Ausführungen des Herrn Abg. Opershall zu erwidern. Wenn die Sozialistische Partei keinen Ausweg weiß, dann führt sie immer die Ereignisse des Jahres 1934 ins Treffen, das Korneuburger Programm, das autoritäre Regime unter Dollfuß und Schuschnigg. (Zwischenruf: „Sie selbst waren Hahnenschwänzer!“) Gewiß war ich Heimatschützer und bin stolz darauf. (Stürmische Protestrufe bei SPÖ.) Warum war der Heimatschutz und warum wurde er ins Leben gerufen? Wegen des Republikanischen Schutzbundes, der sozialistischen Parteigarde. Ich erinnere Sie an die Ausrufung der Räterepublik in Bruck a. d. M. und an das Linzer Programm. (Erneute heftige Gegenrufe links.) Ich erkläre Ihnen, daß der Heimatschutz und die Wehrverbände genau so wie der Schutzbund, ein Unglück waren und daß sie genau so Schuld tragen an diesem Unglück wie wir. Deshalb wäre es für Sie besser, davon nicht zu sprechen, weil Sie genau so schuldig sind. Das wollte ich sagen. Ich habe gesprochen. (Beifall, Bravorufe bei ÖVP.)

Abg. Afritsch: Hohes Haus! Es ist mir die seltene Ehre zuteil geworden, von Herrn Landesrat Illig einigemal apostrophiert zu werden. Ich muß nun ganz offen, sozusagen von der Leber weg, meinen Eindruck schildern, den ich von den Verhandlungen im Gemeinde- und Verfassungsausschuß gehabt habe. Wie ich die Vorlage bekommen habe, war ich über diese Gesetzesvorlage ehrlich enttäuscht. (Zwischenruf: „Am Ende sind sie leberleidend!“) Ich bin diese Witze und billigen Spässe

schon gewöhnt, die immer zur unrichtigen Zeit von dieser Seite kommen. Das ist etwas, an was man sich leider gewöhnen muß. Es ist durchaus möglich, Herr Landesrat Illig, daß ich höchst verwundert und entrüstet dreingeschaut habe und daß meine Augen auf einmal kugelrund geworden sind, wie sie so schön gesagt haben. Für mich ist dies eine grundsätzliche Frage. Ich möchte weitergehen und sagen, wenn sie auch noch so entrüstet darüber sind, diese Frage ist für mich eine Frage der Anständigkeit. Hohes Haus! In der Sitzung des Gemeinde- und Verfassungsausschusses wurden wenig Argumente gebracht. Ich hätte nicht so aus der Schule geplaudert (LR. Dr. Illig: „Sie haben sich gesagt, dort zahlt es sich nicht aus!“), weil aber schon mehrere Mitglieder des Ausschusses auf diese Sitzung zurückgekommen sind, möchte ich das auch tun und etwas darüber sagen. Ich habe auf eine wirkliche Argumentation erwartet. Es wurden uns in dieser Sitzung keine Argumente geliefert. Man hat auch dort nur billige Witze und zynische Bemerkungen vernommen. (Landesrat Dr. Illig: „Sie haben es nicht erfaßt!“) Durchaus möglich! Ich bin so sehr im Lebenskampf gestanden! Ich habe es nicht zu einer dreifachen Doktorwürde gebracht. Damit will ich aber garnichts gegen den Akademiker Dr. Illig gesagt haben. Wenn Sie, Herr Dr. Illig, herüber-rufen, ich sei nicht in der Lage gewesen, es zu erfassen, so ist dies wieder so eine taktvolle Bemerkung. Ich verstehe aber so manches besser mit dem gesunden Hausverstand. Ich möchte sagen, daß ich auf Argumente gewartet habe, weil die ÖVP mit einem wirklich schweren Geschütz aufgeföhren ist. Fast die Hälfte der Landesregierungsmitglieder ist gekommen. Es ist ja erfreulich, daß so großes Interesse besteht, wenn der Gemeinde- und Verfassungsausschuß tagt. Die Beweisführung ist aber ausgeblieben. Sie können versichert sein, daß meine Entrüstung echt war, und kein Theater. Wenn irgendein Abgeordneter ernst, mit dem Brustton der Überzeugung, solche Witze und Späße auf seine Ausführungen zu hören bekommt, habe ich das Gefühl, daß die Grazer Herbstmesse noch nicht zu Ende ist. Ich möchte auch hier feststellen, daß ich der Auffassung bin, daß das Wertvollste, worüber die Menschen verfügen, die persönliche Freiheit ist. Dieses Gesetz würde aber eine Einschränkung der persönlichen Freiheit bedeuten. Das Wahlrecht in der heutigen Form ist eine Errungenschaft, um die Jahrzehnte gekämpft wurde. Man kann nicht hinter jeden Wähler einen Gendarmen oder Polizisten stellen. Man kann nicht jedem Wähler sagen: „Wenn Du nicht zur Wahl gehst, wirst Du mit einer Geldstrafe bis 1000 S oder mit vier Wochen bestraft.“ Ich fühle mich verpflichtet, da bis heute dieser Schandparagraph, ich muß ihn so bezeichnen, noch nicht wörtlich dem Hohen Landtage zur Kenntnis gebracht wurde, diesen vorzutragen. In der Vorlage heißt es: „Wer sich der Verpflichtung gemäß Abs. 2 ohne gerechtfertigte Entschuldigungsgründe entzieht, begeht eine Verwaltungsübertretung und wird von der Bezirksverwaltungsbehörde mit Geld bis zu 1000 S, im Uneinbringlichkeitsfalle mit Arrest bis zu vier Wochen

bestraft.“ Das ist ein Faustschlag ins Gesicht eines jeden freien österreichischen Staatsbürgers. Man kann nicht so viel Ochsen gespanne aufbringen, um auf jeden Karren 2 bis 3 Wähler hinaufzugeben und vorne einen Polizisten hinstellen. Ich habe schon im Gemeinde- und Verfassungsausschuß versucht, meine politischen Gegner zu überzeugen. Ich habe schon damals gesagt, daß dies in erster Linie eine Aufgabe der staatsbürgerlichen Erziehung ist.

Ich will nicht allzusehr auf das eingehen, was der Herr Abg. Bauer gesagt hat, denn er hat es wahrlich nicht leicht gehabt. Von allen Seiten hat es auf ihn nur so herniedergeprasselt. Aber er hat wörtlich gesagt: „Wir brauchen sie nicht erziehen, wir zwingen sie mit dem Wahlpflichtgesetz zu wählen.“ Das heißt also, wir brauchen sie nicht zwingen, wenn sie nicht wählen wollen, dann sperren wir sie einfach ein. Meine Damen und Herren, eine grundsätzliche Auffassung ist, — und auf beiden Seiten gibt es grundsätzliche Auffassungen — daß ein wesentlicher Teil bei der Erziehung zur Demokratie die staatsbürgerliche Erziehung ist und innerhalb dieser wieder die demokratischen Wahlen eine große Rolle spielen. Nicht nur das Elternhaus, nicht nur die Schule, nicht nur der Staat, auch die Parteien sind selbstverständlich verpflichtet, die Wähler aufmerksam zu machen, daß sie sich eine Meinung bilden und daß sie am Wahltag von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Aber nie mit Drohungen! Es ist nach meiner Meinung unwürdig für unsere Wähler, wenn man sie auf Grund eines Wahlpflichtgesetzes zwingen will, zur Wahl zu gehen. Es ist aber auch unwürdig für uns, unwürdig für unsere Exekutive und für unsere Behörden mit Strafsanktionen dagegen vorzugehen. Die Antwort der Wähler wird bestimmt nicht ausbleiben. Der eine Wähler wird sagen, wenn man mich zwingen will zu wählen, dann wähle ich eben eine andere Partei. Ich möchte daher mit der größten Deutlichkeit sagen: Die Einführung der Wahlpflicht ist ein Unfug. Die demokratischen Arbeiter, Bauern und Angestellten haben das Wahlrecht erkämpft. Einen Wahlzwang, Hoher Landtag, mit Drohungen, mit Polizei und mit Gericht lehnen die Sozialisten mit aller Entschiedenheit ab. (Beifall, Händeklatschen bei SPÖ.)

Abg. Fischer: Hohes Haus! Ich glaube, das ist heute schon der schlechteste Witz, den wir in diesem Landtag gehört haben und wir haben schon viele schlechte Witze gehört. Aber der schlechteste Witz ist es zweifellos, wenn die Volkspartei in Sorge um den Ausbau der Demokratie den Wählern in Steiermark den Wahlzwang aufbürdet. Wenn man das richtig verstehen will, braucht man nur diese beiden Dinge nebeneinander stellen. Auf der einen Seite Auflockerung der Liste, wobei sich alle klar sind, daß es sich um eine Augenauswischerei handelt, daß es sich nur darum handelt, mehr Arbeit und Schwierigkeiten zu machen. Wenn sogar hier im Hause erklärt wird, bei dieser Wahl wird dies noch keine Bedeutung haben, aber vielleicht das nächste Mai. Also eine Augenauswischerei, die begründet wurde unter anderem von Herrn Landeshauptmann Krainer mit den Worten: „Ja, mag

sein, daß das nicht so viel Bedeutung hat, aber wir sind so besorgt um die Rechte der Wähler, wir wollen diese erweitern und noch einmal erweitern." 5 Minuten später wird aber erklärt, ja, das Recht des Wählers dadurch abzustimmen, daß er zu Hause bleibt, dieses Recht wollen wir beseitigen. Also entweder sind wir für die Erweiterung der Rechte oder für die Beseitigung. Das eine und das andere wird mit großen Worten, mit geschichtlichen Zitaten, mit halb verdauten juristischen Zitaten belegt. Der Herr Landesrat Illig hat sich sogar die Mühe genommen, aus der Mottenkiste die Jakobinermütze hervorzuholen und aufzusetzen, (Heiterkeit.) wobei ich Ihnen empfehlen würde, damit vorsichtig zu sein, denn man könnte Sie sonst für einen „Wurschtl“ halten. Und dies alles nur für die Demokratie. Und was ist dahinter? Das weiß ja jeder Mensch, wozu dieses Theater aufgeführt wird. Man braucht ja heute nur auf das Land hinauszugehen und zu fragen, und zwar die ÖVP-Wähler von 1945 zu fragen, was sie bei dieser Wahl zu wählen gedenken. In zahllosen Fällen wird man die Antwort bekommen: „Gar nichts werden wir wählen, weil wir von der ÖVP genug haben.“ Zu etwas anderem haben sie sich noch nicht entschlossen. Und darauf spekuliert die ÖVP. Ich glaube, sie spekuliert falsch. Wir könnten ja sagen, nun gut, beschließt Eure Wahlpflicht, wir sind ohnedies überzeugt davon, daß die ÖVP nicht gewinnen wird, selbst wenn die Leute mit 1000 S Geldstrafe dazu gezwungen werden, zu wählen, werden viele nicht ÖVP wählen. Aber trotzdem — und hier muß ich mich meinem Vordredner anschließen — aus prinzipiellen Gründen sind wir dagegen. Wir haben es schon einmal erlebt, daß die Herren von der rechten Seite den Weg des autoritären Österreich beschritten haben, wenn sie dies auch jetzt versuchen zu rechtfertigen und sagen, nur der Schutzbund habe angefangen. Als wenn der Schutzbund jemals etwas anderes getan hätte, als die Demokratie gegen Euch, Ihr Herren, zu verteidigen! Damals im Jahre 1934 ist es Euch gelungen. Ihr habt Österreich über eine kurze Etappe autoritärer Regierung zum Faschismus getrieben. Ein zweites Mal gelingt es Euch nicht! Und das scheint mir entscheidend, daß man den Herren von der ÖVP die schönen Beteuerungen nicht glaubt, wenn sie sagen, daß sie bedauern, was in der Vergangenheit gewesen ist, daß sie aber inzwischen gelernt hätten. Es zeigt sich wieder in dieser Wahlvorlage, daß alles nur Theater und Komödie ist und wenn sie könnten, würden sie ein Wahlgesetz beschließen, wonach jeder Wähler verpflichtet wird, die Volkspartei zu wählen. Sie würden es auch tun. Aber sie werden es nicht so weit bringen. Sie können jetzt noch mit ihrer Mehrheit in diesem Landtag sozusagen als Schwanengesang dieses Gesetz beschließen, wir können sie daran nicht hindern. Der nächste Landtag wird das Gesetz wieder aufheben. Seien sie überzeugt davon, der Österreicher wird nicht mehr autoritäre Wege gehen, sondern den Weg vorwärts zum Sozialismus.

Abg. Lackner: Meine Damen und Herren! Ich will zu einigen bewußten Unwahrheiten Stellung nehmen. Es wird hier von einigen Abgeordneten

der ÖVP behauptet, daß die Sozialdemokraten vor 1934 durch das Linzer Programm den Weg der Demokratie verlassen hätten. Wollen die Herren, die dies behaupten, das Linzer Programm vielleicht einmal durchlesen! Und wenn Sie es durchgelesen haben, dann werden Sie feststellen müssen, daß von all dem, was Sie hier behaupten, kein Wort zu finden ist, kein Wort wahr ist. Gestatten Sie mir einige Worte über das zu sagen, was zwischen 1918 und 1934 in diesem Staate sich abgespielt hat. Ich bin am 3. November 1918 mit Tausenden österreichischen Soldaten aus Südtirol über Nordtirol nach Österreich zurückgekehrt. Das erste, was mir im damaligen Deutschösterreich untergekommen ist, das war bewaffnete Tiroler Heimwehr. Es war am 6. November 1918, zu einer Zeit, wo man vom Schutzbund noch nicht geredet hat, wo noch niemand wußte, daß es notwendig sein würde, in Österreich bewaffnete Formationen aufzustellen zum Schutze der Republik, zum Schutze des Staates. Kurze Zeit darauf waren schwere Kämpfe in unserem Nachbarlande Kärnten und es ist heute auch daran, zu erinnern, wer die Träger dieser Abwehrkämpfer waren. (Abg. Laufenstein: „Unter Führung eines Heimatschützers!“) Vielleicht beschuldigen Sie die Kärntner Arbeiterschaft von Villach, Klagenfurt, St. Veit, Eisenkappel, bewaffnete Formationen zusammengestellt und den Abwehrkampf gegen jugoslawische Formationen geführt zu haben. Eure Leute, Eure Gesinnungsfreunde, die waren auf der anderen Seite. Lesen Sie heute die Abstimmungsergebnisse von Kärnten und Sie werden finden, daß die Christlichsozialen in Slowenisch-Kärnten die Agitatoren für Jugoslawien waren und es nur den Sozialisten von Kärnten zu danken war (Zwischenruf rechts: „Größenwahn.“), einzig und allein den Sozialisten Kärntens war es zu danken, daß Kärnten ungeteilt bei Österreich geblieben ist. Ich erinnere an die spätere Zeit, an die Zeit, als festgelegt wurde, daß das Burgenland der österreichischen Republik angeschlossen wurde. Auch damals waren es die viel verlästerten Sozialdemokraten, die an den Grenzen gestanden sind. Gehen Sie nach Wiener-Neustadt, fragen Sie die alten Wiener-Neustädter Arbeiter. 8 Stunden waren sie in der Fabrik und 8 Stunden mit dem Gewehr an der Leitha, um Österreich gegen die Horthybanditen zu verteidigen. Damals haben Führer der christlichsozialen Landtagsfraktion dieses Landes die Waffen von Österreich an ungarische Banditen ausgeliefert. (Zustimmungsrufe bei SPÖ.) Einer Ihrer Landeshauptleute, Prisching, war es, der sich dann im Ennstal in einer Wählerversammlung gerühmt hat, Ihr Erfolg sei es gewesen, die Waffen aus Fürstenfeld, Fehring, Hartberg und Graz über die Landesgrenze nach Ungarn gebracht zu haben. (LR. Prirsch: „Das ist ja gar nicht wahr!“) Sie können es nicht bestreiten. Alle jene, die objektiv die Geschichte verfolgt haben, werden zugeben müssen, daß einzig und allein die österreichischen Arbeiter, organisiert in der sozialdemokratischen Partei, diesen Staat verteidigt haben. Auch 1934 waren wir es, die die österreichische Republik verteidigt haben. Gegen wen? Gegen die

Führer Laufenstein, Starhemberg, das haben Sie selbst gesagt. Der war bestochen, gekauft vom Gelde Mussolinis, der hat Ihnen schäbige Silberschillinge zur Verfügung gestellt, um mit Hilfe von Geld und Waffen die österreichische Arbeiterklasse niederzuwerfen. Sie wurden für Ihren Verrat bezahlt. 4 Jahre später haben Sie das geerntet, was Sie gesät haben. (LR. Dr. Illig: „Sie glauben, Sie haben eine Wählerversammlung vor sich!“) Aber heute aufzustehen und stolz sich zu jener Bewegung zu bekennen, die bestochen, bezahlt war von außen, das mag eine Art von Politik in diesem Staate sein, die nur Sie und ein paar Leute verstehen werden. Ich erkläre im Namen der Arbeiterschaft, die Sie beleidigt haben, die Brucker Arbeiterschaft wird so wie früher auch heute hinter der demokratischen Republik stehen, sie aufs Äußerste verteidigen und sollte es noch einmal Leute geben, die mit dem Hahnenschwanz herumlaufen, wird die Brucker Arbeiterschaft ihre Pflicht für die Demokratie erfüllen, die Sie verraten haben. (Andauernder Beifall, Bravorufe bei SPÖ.)

Abg. **Praßl**: Hohes Haus! Ich glaube, es ist wirklich notwendig, auf die Ausführungen des Abg. **Lackner** zu antworten. Er hat einiges gesagt, was unwahr ist. Ich will keine Unwahrheiten, sondern konkrete Wahrheiten vorbringen. Er hat begonnen mit dem Rückzug aus Südtirol 1918. Wenn er allein dort gewesen wäre, so könnte man glauben, es könnte so gewesen sein. Ich selbst bin aber auch einer derjenigen, die in den Novembertagen von der italienischen Front zurückgekehrt sind über die Berge, am 11. November bin ich nach Brixen gekommen, ich habe da keine Heimwehren gesehen, sondern nur die Feuerwehr von Tirol, die hat uns gepflegt bis Bruneck. (Abg. **Lackner**: „Am 11. November war Brixen längst in den Händen der Italiener!“) Die Kärntner Abwehrkämpfe! Warum nicht heute nennen, was uns so nahe liegt. (Zwischenruf: „Stimmt.“) Die Untersteirer haben eine Besatzung gehabt und die war zur Abwehr gerüstet. (Zwischenruf: „Jene Untersteirer, die die Christlichsozialen preisgegeben haben.“) Wir sind damals zu **Resel** gegangen. (Zwischenruf LR. **Horvatek**: „Der Landeshauptmann hat **Kaan** geheißt und nicht **Resel**!“) Wir sind damals zu **Resel** gekommen, das war der Wehrreferent; wir sind aber abgewiesen worden. **Resel** hat uns die Waffen verweigert, wir haben sie allerdings dann selbst geholt und haben mit diesen Waffen erreicht, daß das Unterland frei wurde. (Abg. **Laufenstein**: „Abg. **Lackner**, hören Sie!“) Sie kommen immer wieder mit dem Korneuburger Programm. Ich kann Ihnen das Linzer Programm entgegenwerfen (LR. **Horvatek**: „Sie haben es ja nie gelesen!“) und wenn Sie schreien, kann ich auch schreien. Die letzte Auswirkung war dann der brennende Justizpalast. Sie haben den Generalstreik provoziert, Sie haben den Ruf ausgegeben: Alle Räder stehen still, wenn's der Schutzbund haben will, die Heimatschützer sagten: Alle Räder rollen, wenn's die Heimatschützer wollen. Das ist die letzte Auswirkung gewesen. (Große Unruhe.) Das ist die Antwort, das sind

wahre Tatsachen, die Sie mir nicht bestreiten können. (Laute Zustimmungsrufe, Applaus bei ÖVP, Gegenrufe bei SPÖ.)

Abg. **Johann Resch**: Hohes Haus! Wie ich als stiller Beobachter die Reden gehört und Sie auf der Gegenseite beobachtet habe, ist mir der Gedanke gekommen und die Erinnerung aufgetaucht, warum die Herren von der Gegenseite nie etwas — ich bin kein heuriger Hase mehr — von dem sagen, was sie selbst erlebt haben, nämlich wie Ihre Leute, der rote Schutzbund, uns Bauern mit dem roten Hahn gedroht hat? (Zwischenruf links: „Unsere Leute niemals!“) Das ist wörtlich gesagt worden. Es war zu befürchten und ich habe gebangt, daß ich eines Tages den roten Hahn aufs Dach kriege. Warum sind die Herren von der Gegenseite über die Wahlpflicht entrüstet, die wir vorschlagen? Warum nicht entrüstet über Ihren eigenen Betriebsterror, über Ihren Terror in der Industrie. (Zwischenrufe: „Wo gibt es einen Terror?“ „Nennen Sie die Betriebe!“ „Es gibt keinen Terror!“) Die Herren von der roten Seite (Große Unruhe. — Landeshauptmann-Stellv. Dipl.-Ing. **Udier**: „Schauen Sie die Alpine an!“ — Der Präsident mahnt mit Glockenzeichen zur Ruhe.) Solange Sie keine Gegenbeweise bringen, sind wir nicht in der Lage, Ihre heutigen Ausführungen als glaubhaft zu betrachten. Ich kenne auch Herren von der Kommunistischen Partei in den Betrieben und ich muß schon sagen, mit welchen Methoden man dort vorgeht, das imponiert mir gar nicht. Da heißt es ganz einfach, wenn Du nicht mittust, wirst Du aufgeschrieben und später, wenn die Kommunisten kommen, dann wirst Du aufgehängt. Solche Leute sind doch sicher nicht berechtigt, uns eine Moralpredigt zu halten. (Beifall, Händeklatschen bei ÖVP.)

Landesrat **Horvatek**: Die Ausführungen des Herrn Abg. **Laufenstein** werden noch etwas länger in der Erinnerung des Hauses und in der Erinnerung der Arbeiter sein. Ein im demokratischen Wahlgang des Jahres 1945 gewählter Abgeordneter erklärt, stolz zu sein, ein Heimatschützer gewesen zu sein und legt somit ein Bekenntnis ab für jenen Teil innerhalb der ÖVP, von dem wir mit Recht annehmen, daß er nicht demokratisch ist. (Abg. **Laufenstein**: „Sie haben zuerst zu den Waffen gegriffen!“ — Heftige Zwischenrufe links und rechts. Ansteigender Lärm. — **Präsident**: „Ich bitte, keine Zwischengespräche zu führen!“) Ich bin überzeugt, daß die Mehrheit der ÖVP wirklich demokratisch gesinnt ist. Ich glaube das insbesondere von der Bauernschaft. Die Ausführungen des Herrn Abg. **Praßl** haben allerdings nicht dafür gesprochen. Ich möchte ihn bitten, zu sagen, wo im Linzer Programm etwas steht, was ihn so in Wut bringt. Sie sind da scheinbar tüchtig aufgesessen. Wenn Sie das Protokoll über den Linzer Parteitag lesen, werden Sie sehen, daß ein Redner erklärt hat, es könnte der Augenblick in Österreich kommen, daß durch Ausübung des demokratischen Stimmrechtes die Mehrheit sich für die Sozialdemokratische Partei entscheidet. Wenn dann

die Unterlegenen zu den Waffen greifen sollten, dann wäre es unsere Pflicht, die Demokratie zu verteidigen. Auf diese Erklärung unseres Debattenredners hin wird behauptet, es sei in Linz beschlossen worden, der Diktatur des Proletariats mit Waffengewalt zum Durchbruch zu verhelfen. Man darf aber nur von Dingen sprechen, die man wirklich kennt, die man wirklich versteht. Und ich muß feststellen, daß die Erklärungen sowohl des Herrn Abg. Laufenstein als auch des Herrn Abg. Praßl denkwürdig erscheinen, weil sich erweist, daß in diesen bäuerlichen Schichten sehr starke faschistische Gedankengänge existieren. (Zwischenruf Dr. Illig: „Herr Kollege, Sie sind ja kein Untersuchungsrichter!“) Es steht aber mir als Abgeordneten das Recht zu, auf so sonderbare Bekenntnisse einer schönen Seele oder vieler schönen Seelen zu antworten und meine Meinung dazu zu sagen. Es wird also gut sein und es ist wirklich auch der ÖVP in Steiermark dringend zu empfehlen, ihr demokratisches Gewissen zu erforschen und sich die Frage vorzulegen, wer ist Demokrat und wer nicht und einen reinen Trennungsstrich zu ziehen. Sonst kommt die Partei in den Verdacht, daß sie nur unter dem Mantel der Demokratie anderen Zielen zustrebt. Ich komme nach diesen kurzen Darlegungen zum eigentlichen Thema.

Der Herr Abg. Afritsch hat klar zum Ausdruck gebracht, für uns ist das Wahlrecht das Bekenntnis eines freien staatsbürgerlichen Rechtes. Er kämpft wurde dieses Wahlrecht in Österreich von der Arbeiterschaft, von der organisierten Arbeiterschaft. Wir wissen es besser, was damals mit der Er kämpfung des Wahlrechtes gewollt wurde. Vom Jahre 1891 bis zum Jahre 1905 haben die Wahlrechtskämpfe gedauert und es wurde erreicht. Wir haben um ein Recht gekämpft. Daß wir dieses Recht ausnützen, ist für uns eine moralische Pflicht. Moralische Pflichten lassen sich nicht durch Strafsanktionen erreichen. Das könnten Sie, die Sie doch stark mit der katholischen Kirche verbunden sind, schon wissen, daß es moralische und sittliche Verpflichtungen gibt, die aus dem Gewissen kommen müssen und nicht unter Strafsanktion gestellt werden können. Ich scheue mich nicht, es zu sagen, der Herr Abg. Pölzl hat einen guten Ausdruck gebraucht im Zusammenhang mit dem Wahlpflichtgesetz, er hat es „politische Prügelpädagogik“ genannt. Wenn erwiesen ist, daß in Tirol nur eine Wahlbeteiligung von 90% war, obwohl dort die Wahlpflicht bereits bestand und wir in Steiermark ohne dieses Gesetz eine Beteiligung von 94% erreicht haben, so spricht das eine deutliche Sprache. Wobei die Oststeiermark mit der höchsten Wahlbeteiligung an der Spitze marschiert. Da kann man sich nur fragen, ja, warum wollen Sie denn eigentlich das Wahlpflichtgesetz einführen? Bei 94% Beteiligung bleibt also eine Nichtbeteiligung von 6%. Es ist anzunehmen, daß davon 3% aus zwingenden Gründen nicht zur Wahl gehen können. Und was bedeuten dann die restlichen 3% bei einer anzunehmenden Wählerschaft von 600.000? Es sind 18.000. Und für diese 18.000 wird ein eigenes Gesetz geschaffen. Und dazu kommt noch, — worauf der

Herr Abg. Stockbauer bereits mit Recht hingewiesen hat — daß bei Anwendung der Strafsanktion es immer Leute gibt, die versuchen werden, durch die Maschen des Gesetzes zu entschlüpfen. Es kann der Patient simulieren und der Arzt wird daher eine Bestätigung ausstellen können, und noch andere ähnliche Fälle. Wir werden also keine moralische Verpflichtung fördern, sondern das Gegenteil wird eintreten. Es ist wahr, was der Herr Abg. Ponsold gesagt hat, es ist Pflicht jedes Staatsbürgers, der auf Gedeih und Verderb mit dem Staat verbunden ist, zu wählen. Wie ich schon früher gesagt habe, 1 oder 2% der Wähler werden wir durch Gesetz dazu bringen, doch noch zu wählen, na, dann sind es in Steiermark eben statt 94% 96%. Wenn nun entgegeng gehalten wird, daß aus außenpolitischen Gründen eine starke Wahlbeteiligung angestrebt wird, so kann ich dazu nur eines sagen, nämlich, es ist nur dann imponierend für das Ausland, wenn dies eine freiwillige Leistung des Landes ist, aber nicht, wenn dahinter die Strafandrohung steht. Dann wird das Wahlergebnis genau so gewertet wie die 99,3% bei der Hitler-Abstimmung oder die 99%ige Abstimmung in den Ländern hinter dem eisernen Vorhang.

Herr Dr. Illig, darf ich noch eines sagen. Sie sind ein Mann, der alle Dinge ernst zu untersuchen versucht. Aber die Länder, die Sie angeführt haben, die anerkennen wir nicht. Belgien und Holland sind gefährliche Beispiele, weil es dort ein dauerndes Ringen um die jeweilige Mehrheit gibt, und zwar mit der Ihrer Gesinnung nahen Partei. Wenn Sie noch Mexiko anführen und Venezuela und Liechtenstein, so kann uns das schon gar nicht imponieren. Denn die großen Demokratien der Erde sind Italien, Frankreich, England, die nordischen Staaten und die Vereinigten Staaten von Amerika und die kennen keine Wahlpflicht. Es sind ernste Erwägungen, die uns veranlaßt haben, klar und deutlich auszusprechen, daß wir festhalten an dem Postulat, daß das Zur-Wahl-Gehen ehrendes Recht und moralische Pflicht ist, aber ablehnen, diese Ausübung durch drakonische Strafandrohungen zu erzwingen und aus dem Grunde stimmen wir gegen das Gesetz. (Händeklatschen und Bravorufe bei SPÖ.)

Landeshauptmann Krainer: Hohes Haus! Das Hohe Haus hat sich heute in Reminiszenzen aus der ersten Republik ergangen. Ich bin der Auffassung, es wäre besser, wenn über die Vorkommnisse von 1934 und früher nicht gesprochen würde. Haben Sie nicht bemerkt, daß die Hälfte der Galerie, als dieses Gespräch begonnen hat, den Sitzungssaal verlassen hat? Ist das nicht ein Beweis dafür, daß das Volk nicht gewillt ist, solche Zustände noch einmal zuzulassen, auch nicht gewillt ist, darüber zu debattieren, weil in solchen Debatten allzugerne Geschichtsfälschungen begangen werden. Ich glaube, es ist besser für alle Parteien dieses Hohen Hauses, aus der Geschichte von 1934 und vor 1934 zu lernen. Es muß aus der Vergangenheit für uns alle und für alle Zukunft die eine Überzeugung gewonnen worden sein: Es darf nie mehr vorkommen, daß das Volk sich untereinander bekämpft!

Bezüglich des Wahlpflichtgesetzes haben sich alle Redner mehr oder weniger mit der Wahlstrategie befaßt. Ich bin auch kein Anhänger des Zwanges, aber wir stehen vor ernsten Entscheidungen. Der 9. Oktober kann auch Sein oder Nichtsein für Österreich bedeuten. Wir sehen in der jungen Demokratie eine rein ideelle Ordnung, in der wir in Freiheit, ohne Angst und Furcht, leben wollen und in dieser Ordnung ist es auch unsere Pflicht, dafür zu sorgen, daß das steirische Volk ohne Ausnahme am 9. Oktober zur Wahl geht. Wir haben das Gesetz nicht eingebracht, um einer Partei Vorteile daraus zu konstruieren oder ihr zu bringen, wir haben das Gesetz eingebracht, weil wir es für notwendig erachten, die Demokratie zu unterbauen. Wir wissen schon, daß es in unserem Lande auch destruktive Demokraten gibt, sie reden zuviel von Demokratie und meinen die Gewalt. Daß aber diese Gewalt nie kommt, ist die Ursache, weshalb wir das Wahlpflichtgesetz eingebracht haben. Hohes Haus! Keine Angst und Furcht vor den Wählern! Wir haben sie nicht! Wir werden unseren Mann stellen, wir wissen, daß wir uns in ernster Arbeit bemüht haben, aus diesem Elend, aus dieser Not, in die wir nach 1945 hineingesetzt wurden, buchstäblich hineingesetzt wurden, herauszukommen, wieder ein Vaterland zu bauen, in dem es wert ist, zu leben. Wir glauben also, daß wir mit der Wahlpflicht, die wir für diesmal als notwendig erachten, der Demokratie dienen und nur aus diesem Grunde haben wir das Gesetz eingebracht. Wir unterscheiden uns grundsätzlich in vielem. Die Gegner des Wahlpflichtgesetzes haben andere Auffassungen als wir sie vertreten. Wir sind nämlich Anhänger des Individualismus des Menschen, der Persönlichkeit des Menschen, des Menschen, der von Gott geschaffen wurde, lehnen den Herdenmenschen ab. Wir wollen die Freiheit der Persönlichkeit garantieren; das ist mit eine Ursache, warum wir gegensätzliche Auffassungen haben, weil wir den Kollektivismus ablehnen. Ich glaube, daß jeder Österreicher, der am Wahltage seine Pflicht erfüllt, wozu er jetzt von Gesetzes wegen verpflichtet wird, für Österreich oder das österreichische Volk den besten Dienst tut. Er garantiert damit die persönliche Freiheit, er garantiert damit in diesem Lande allen arbeitenden Schichten, ganz gleich, in welchem Berufe sie stehen, die Sicherheit für alle Zukunft und vor allem die Freiheit. Jeder, der am 9. Oktober 1949 seine Pflicht tut, hat seine Pflicht für Österreich getan. (Lebhafter Beifall, Bravorufe bei ÖVP.)

Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft, ich bringe den Antrag des Berichterstatters zur Abstimmung.

Ich bitte jene Abgeordneten, die gegen die Vorlage stimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Ich bitte nunmehr jene Abgeordneten, die für die Vorlage stimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Ich konstatiere, daß die Vorlage mit Mehrheit angenommen ist.

Wir kommen zu Punkt 3:

Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 103, Gesetz über die Wahl des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz (Gemeindewahlordnung Graz 1949 — GWO. Graz 1949).

Berichterstatter ist Abg. Afritsch, dem ich das Wort erteile.

Abg. Afritsch: Hohes Haus! Die Gemeindewahlordnung der Landeshauptstadt Graz aus dem Jahre 1924, die gegenwärtig noch in Kraft ist, ist überholt und nicht mehr zeitgemäß. Eine Neufassung war auch deshalb dringend notwendig, da eine neue Nationalratswahlordnung Gesetz und soeben auch eine neue Landtagswahlordnung beschlossen worden ist. Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz hat in seiner Sitzung vom 23. Juni 1949 die Neufassung der Gemeindewahlordnung beschlossen. Die Stadt Graz will zugleich mit den Wahlen in den Nationalrat und den Steiermärkischen Landtag die Wahlen des Gemeinderates am 9. Oktober d. J. durchführen. Diesbezügliche Parteienvereinbarungen haben zu einem positiven Ergebnis geführt. Die gemeinsamen Wahlen sind aus Gründen der Arbeits- und Kostenersparnis höchst zweckmäßig und deshalb vollkommen gerechtfertigt. Die Bestimmungen der Gemeindewahlordnung wurden soweit als möglich den Bestimmungen der Nationalratswahlordnung bzw. der Landtagswahlordnung angeglichen. Hoher Landtag! Der Gemeinde- und Verfassungsausschuß hat sich mit dieser Vorlage in seiner Sitzung am 7. Juli ausführlich beschäftigt. Er stellt durch mich folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle das in Beilage Nr. 103 enthaltene Gesetz mit folgenden Änderungen beschließen:

im § 1, Abs. (1), erste Zeile, sind die Worte „seinem Wesen nach“ zu streichen;

im § 14, zweite Zeile, ist das Wort „triftigen“ zu streichen und durch das Wort „zwingenden“ zu ersetzen;

der § 94 ist zu streichen und dafür zu setzen:

„§ 94.

Durchführungsbestimmungen.

Die näheren Vorschriften über die gleichzeitige Durchführung der Gemeinderatswahl mit der Nationalratswahl (Landtagswahl) werden durch Verordnung getroffen, die die Landesregierung, bei gleichzeitiger Durchführung mit der Nationalratswahl im Einvernehmen mit der Bundesregierung, zu erlassen hat.“

Als Berichterstatter des Gemeinde- und Verfassungsausschusses ersuche ich Sie, dem Gesetz die Zustimmung zu geben.

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung vor. Ich bringe daher den Antrag zur Abstimmung und bitte die Abgeordneten, die dem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Ich konstatiere die Annahme des Gesetzes.

Wir kommen zu Punkt 4 der Tagesordnung :

Mündlicher Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 102, Gesetz über die einstweilige Regelung des Elektrizitätsrechtes im Lande Steiermark.

Berichterstatter Abg. W a b n e g g.

Abg. Wabnegg: Hohes Haus! Der vorliegende Gesetzentwurf, den uns die Landesregierung heute zur Beschlußfassung vorlegt, hat den Zweck, den gesetzlosen Zustand, in dem wir uns jetzt befinden, zu beseitigen. Die Notwendigkeit besteht deshalb, weil das Bundesgesetz bisher noch immer nicht erschienen ist. Wir wissen, daß das Bundesministerium den Gesetzentwurf vorbereitet hat, dieser aber von den Ländern angekämpft wurde, weil er der österreichischen Verfassung nicht ganz entsprochen hat. Es wird sicher ein Entwurf zustandekommen, ein Grundsatzgesetz, auf dem dann das Landesgesetz aufgebaut werden wird. Das heutige Gesetz soll daher nur eine Überbrückung bis dahin darstellen. Es ist nicht möglich, das alte Gesetz einfach unverändert wieder einzuführen, da es der gegenwärtigen Zeit nicht mehr ganz entsprechen würde. Die Bestimmungen des deutschen Gesetzes — das mit Oktober 1948 außer Kraft getreten ist — konnten ebenfalls nicht beibehalten werden, sondern nur im wesentlichen. Einige Änderungen müssen vorgenommen werden. Ich verweise z. B. auf die Bestimmungen bezüglich der Enteignung im deutschen Gesetz, die eine besondere Härte darstellen würden.

Der Ausschuß hat sich mit dieser Vorlage befaßt und der Vorlage in dieser Form zugestimmt. Ich beantrage die Annahme des Gesetzes.

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung vor. Ich bringe daher den Antrag zur Abstimmung und bitte jene Abgeordneten, die dem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Ich konstatiere die Annahme des Gesetzes.

Wir kommen zu Punkt 5 der Tagesordnung :

Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 104, Gesetz, betreffend die Kehrordnung für das Land Steiermark einschließlich der Landeshauptstadt Graz (Kehrordnung 1949).

Berichterstatter ist Abg. R e s c h, ich erteile ihm das Wort.

Abg. Georg Resch: Hohes Haus! Als im Jahre 1947 eine Gesetzesvorlage den einzelnen Abgeordneten vorgelegt wurde, worin ein allgemeiner Kehrzwang vorgesehen war, da haben wir damals gleich gesehen, daß es unmöglich ist, einen allgemeinen Kehrzwang in ganz Steiermark einzuführen. Wir haben dann einen Abänderungsantrag eingebracht, der eben den Kehrzwang in der Weise aufgehoben hat, daß landwirtschaftliche Gehöfte, die 100 m von einander entfernt sind, von diesem Kehrzwang — mit Ausnahme einer viermonatigen Kaminkkehrung — befreit sind. Aber schon nach der Inkraftsetzung dieses Gesetzes mußte man feststellen, daß es zu

Schwierigkeiten kam. Es ist ja begreiflich, jedes Gesetz, das neu in Kraft gesetzt wird, bedarf einer gewissen Zeit, bis es sich richtig eingespielt hat. Aber unsere Bauern konnten es nicht begreifen, daß man sie auf einmal zwingt, ihre Rauchfänge von den Kaminfeuern kehren zu lassen, nachdem sie seit jeher ihre Rauchfänge selbst gekehrt hatten. Das war für sie eben undenkbar und sie erklärten, daß dies gegen die demokratischen Grundsätze verstoße und ein Zwang sei, der durch nichts begründet sei. Es sind tausende Anzeigen erstattet worden, bis es endlich zu der Novellierung des Gesetzes gekommen ist. Der Gemeinde- und Verfassungsausschuß hat sich mit diesem Gesetz ausführlich beschäftigt. Vor allem der umstrittene § 3 wurde gründlichst behandelt. Es wird nun folgende Änderung vorgeschlagen :

Antrag: Der Hohe Landtag wolle das in Beilage Nr. 104 enthaltene Gesetz mit folgenden Änderungen beschließen :

Im § 1, Abs. (4), erste Zeile, sind nach dem Worte „Dampfkesselfeuerungsanlagen“ die Worte „in Betrieben des Gewerbes und der Industrie“ einzufügen.

§ 3, Pkt. 3., ist zu streichen und dafür zu setzen :

„3. Einzelstehende entlegene landwirtschaftliche Gehöfte, ferner sonstige alleinstehende entlegene, ebenerdige, mit nur einem Rauchfang und einfachen Feuerstellen ausgestattete Gebäude, die mindestens 100 m von einander entfernt sind, insoweit als die Bezirksverwaltungsbehörde über Antrag der Kehrpflichtigen nach Anhörung des örtlich zuständigen Bürgermeisters und des zuständigen Rauchfangkehrermeisters, nach Maßgabe des Ergebnisses der Feuerbeschau die Selbstkehrung zu den im § 1, Abs. (2), vorgesehenen Kehrfristen bewilligen kann. Die Bezirksverwaltungsbehörde kann anordnen, daß die Selbstkehrung nur unter gewissen Bedingungen, insbesondere der jährlich mindestens einmaligen Überprüfung und nötigenfalls Reinigung der Feuerstellen und Rauchfänge durch den zuständigen Rauchfangkehrer vorgenommen werden darf. Von der zugelassenen Selbstkehrung oder eingetretenen Änderung sind der Bürgermeister und der zuständige Rauchfangkehrermeister schriftlich zu verständigen. Die Bewilligung ist zu versagen, wenn die Gewähr für die zuverlässige Kehrung nicht gegeben ist oder zu widerrufen, wenn Mißstände bei der Selbstkehrung festgestellt werden, bzw. die Voraussetzungen für die bewilligte Selbstkehrung nicht mehr vorhanden sind. Für die Landeshauptstadt Graz entscheidet über die Zulassung der Selbstkehrung der Magistrat Graz nach Anhörung des zuständigen Rauchfangkehrermeisters“ ;

Im § 10, Abs. (2), 1. Zeile, sind die Worte „§ 1“ zu streichen und dafür die Worte „Abs. (1)“ zu setzen.

§ 12, Abs. (1), ist zu streichen und dafür zu setzen:

„(1) Die Handhabung dieses Gesetzes obliegt mit Ausnahme des Strafrechtes und der im § 3, Pkt. 3, vorgesehenen Erteilung der Bewilligung zur Selbstkehrung dem Bürgermeister (Magistrat Graz),“

Im § 10, Abs. (2), 1. Zeile, sind die Worte „§ 1“ zu streichen und dafür die Worte „Abs. (1)“ zu setzen ;

Im § 12 ist der Abs. (1) zu streichen und dafür zu setzen :

„Die Handhabung dieses Gesetzes obliegt mit Ausnahme des Strafrechtes und der im § 3, Pkt. 3, vorgesehenen Erteilung der Bewilligung zur Selbstkehrung dem Bürgermeister bzw. Magistrate Graz.“

Mit der Novellierung dieses Gesetzes wird einem Wunsche, und zwar einem gerechten Wunsche und einer gerechten Forderung unserer Bauernschaft und der ganzen Bevölkerung wirklich Rechnung getragen. Ich bin überzeugt, daß wegen Selbstkehrung der einzelnen Besitzer oder auch unter Umständen wegen mangelhaften Kehrens der Rauchfänge bestimmt kein Brand entstehen wird. Es ist mir in meinem Bezirk kein einziger Fall bekannt, wo deshalb eine Feuersbrunst entstanden ist, wohl aber wegen mangelhafter Kamine und Kurzschluß. Es ist

selbstverständlich, daß der Feuerbeschau ein besonderes Augenmerk zuzuwenden ist und nur so wird es möglich sein, dann die Brände, die unter Umständen wegen mangelhafter Kamine und elektrischer Leitungen entstehen würden, zu verhindern. Ich hoffe, daß mit dem Inkrafttreten dieses neuen Gesetzes die Bevölkerung wieder zur Ruhe kommen wird.

Ich beantrage die Annahme dieses Gesetzes.

Präsident: Wortmeldung liegt keine vor, ich bringe daher den Antrag des Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die dafür sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Hiemit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erschöpft. Die Einberufung der nächsten Sitzung und die Tagesordnung werden auf schriftlichem Wege bekanntgegeben werden.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 20 Uhr 30 Minuten.)